



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

Aus Liebe zum Menschen.

ACCORD

Austrian Centre for Country of Origin
& Asylum Research and Documentation

Irak: Aktuelle Lage von Rückkehrer·innen und Binnenvertriebenen in der Provinz Ninawa; Politisches System, Rechtsstaatlichkeit, Minderheiten

Dokumentation zum COI-Webinar mit Daniel Gerlach und
Dr. Inna Rudolf am 28. November 2023

12. Jänner 2024



Bundesministerium
Inneres



ACCORD wird vom Bundesministerium für Inneres, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und UNHCR kofinanziert.

ACCORD - Austrian Centre for Country of
Origin & Asylum Research and Documentation

Irak: Aktuelle Lage von Rückkehrer·innen und Binnenvertriebenen in der Provinz Ninawa;
Politisches System, Rechtsstaatlichkeit, Minderheiten
Dokumentation zum COI-Webinar mit Daniel Gerlach und Dr. Inna Rudolf am 28. November
2023

12. Jänner 2024

Die im vorliegenden Dokument enthaltenen Informationen gehen auf die Vorträge von Daniel Gerlach und Inna Rudolf im Rahmen des COI-Webinars vom 28. November 2023 zurück.

Die Dokumentation wurde von ACCORD zusammengestellt und von Daniel Gerlach und Dr. Inna Rudolf freigegeben. Die Dokumentation erhebt weder Anspruch auf erschöpfende Behandlung der den Themenbereich umfassenden Aspekte oder Ereignisse, noch stellt er eine Meinung zum Inhalt eines bestimmten Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar.

Die in diesem Bericht vertretenen Meinungen spiegeln nicht notwendigerweise die Sichtweise von ACCORD wider. ACCORD trägt jedoch die Verantwortung für Form und Stil des Berichts.

© Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD

Dieses Dokument ist in elektronischer Form auf www.ecoi.net verfügbar.

Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD
Wiedner Hauptstraße 32
A- 1040 Wien

Telefon: +43 1 58 900 – 582
E-Mail: accord@roteskreuz.at
Web: <http://www.roteskreuz.at/accord>

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Kurzbiographien der Vortragenden | 3 |
| 1 Aktuelle Lage von Rückkehrer:innen und Binnenvertriebenen in der Provinz Ninawa (Vortrag Dr. Inna Rudolf) | 4 |
| Sicherheitssituation in der Provinz Ninawa und Lage der Rückkehrer:innen und Binnenvertriebenen | 4 |
| Jesid:innen in Sindschar und Christ:innen in Ninawa..... | 5 |
| Hinderliche Faktoren bei der Rückkehr | 6 |
| Risikoprofile | 6 |
| Tischrin-Aktivist:innen, reformorientierte Bewegungen und Aktivist:innen in der Genderdiskussion | 7 |
| Q&A | 8 |
| 2 Politisches System, Rechtsstaatlichkeit, Minderheiten (Vortrag Daniel Gerlach)..... | 15 |
| Staatliche Ordnung und Machtstrukturen..... | 15 |
| Geopolitische Einbettung | 17 |
| Sicherheitsempfinden und Rechtssicherheit | 18 |
| Minderheiten und Diskriminierung | 19 |
| Q&A | 24 |

Kurzbiographien der Vortragenden



Daniel Gerlach ist Autor, Publizist und Spezialist für Nordafrika, den Nahen Osten und die muslimische Welt. Er ist u.a. Chefredakteur des Magazins *zenith*, Direktor der Candid Foundation in Berlin und Mitgründer der Forschungs- und Expertengruppe *zenithCouncil*. Daniel Gerlach analysiert politische und historische Zusammenhänge und engagiert sich beratend in Friedens- und Dialoginitiativen in der arabischen Welt. Er leitet die internationale Expertendelegation bei der Initiative Nationaler Dialog im Irak.



Dr. Inna Rudolf ist Senior Research Fellow am International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR) und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for the Study of Divided Societies. Ihre Promotion an der War Studies Department des King's College London widmete sich den Volksmobilisierungseinheiten (Popular Mobilization Forces, PMF) im Irak. Neben ihrer Feldforschung im Irak hat sie mehrere Jahre in Libyen, dem Jemen, Ägypten, Tunesien und den Palästinensischen Gebieten verbracht. Zudem ist sie Mitgesellschafterin der Candid Foundation in Berlin. Die von ihr präsentierten Erkenntnisse resultieren hauptsächlich aus ihren letzten Forschungsreisen in den Irak, die im Rahmen des Forschungsprogramms Cross-border Conflict Evidence, Policy and Trends (XCEPT) stattfanden. Dieses Konsortium, finanziert durch den britischen Entwicklungshilfefonds der Regierung des Vereinigten Königreichs, untersucht die Verbindungen zwischen gewaltsamen Konflikten über Grenzen hinweg. Innerhalb des XCEPT-Konsortiums analysiert sie die Auswirkungen von Identitätspolitik und der Mobilisierung von gewalttätigen Erinnerungen in konfliktbetroffenen Grenzregionen.

1 Aktuelle Lage von Rückkehrer·innen und Binnenvertriebenen in der Provinz Ninawa (Vortrag Dr. Inna Rudolf)

Sicherheitssituation in der Provinz Ninawa und Lage der Rückkehrer·innen und Binnenvertriebenen

Ich werde Ihnen heute ein wenig von meinen Eindrücken von der letzten Forschungsreise in Ninawa erzählen. Leider bleibt die Sicherheitssituation in der Provinz Ninawa weiterhin herausfordernd und ist von einer beträchtlichen Anzahl von Rückkehrerinnen und Binnenvertriebenen geprägt. Es ist wichtig zu betonen, dass die Vertreibung quasi in zwei Wellen erfolgte, vor allem 2014 zu Beginn der Krise und 2017 während der Operationen der von den USA angeführten internationalen Koalition gegen den IS. Laut dem Rückkehrindex¹ gelten von 978 Orten der Rückkehr 288 als Rückkehrorte mit kritischen Bedingungen. Das bedeutet, dass 540.000 Menschen in sogenannten Hotspots² leben, die kritische Aspekte wie Sicherheitsbedingungen, Belästigungen an Kontrollpunkten und andere Herausforderungen umfassen. Als Forscher vor Ort haben wir diese Realitäten hautnah erlebt. Darüber hinaus gibt es Bedenken hinsichtlich der Macht von paramilitärischen oder nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen, die mehr oder weniger im Staatsgefüge ziemlich gut eingebettet sind. Die schwache Erholung des Agrarsektors, der Mangel an staatlichen Dienstleistungen und die sehr schwierigen Lebensbedingungen tragen zusätzlich zu den Herausforderungen bei. Unter diesen Lebensbedingungen sind die Chancen für viele Rückkehrerinnen, in ihrem Ursprungsgebiet zu bleiben, gering, was die Nachhaltigkeit der Rückkehr untergräbt. Unsere Forschungsergebnisse zeigen, dass die Einbeziehung lokaler Machthaber nicht nur für den Wiederaufbau, sondern auch für Verhandlungen um eine nachhaltige Rückkehr äußerst wichtig ist.

In Bezug auf die Provinz Ninawa ist es wichtig zu erwähnen, dass die irakische Regierung sich bemüht, so viele irakische Staatsangehörige wie möglich aus Al-Hol zurückzuholen. Viele von ihnen haben vermutete oder in einigen Fällen auch nachgewiesene Verbindungen zum Islamischen Staat (IS). Dieser politisch aufgeladene Prozess wirft viele kritische Fragen auf. Wenn Zivilisten, Familien, Frauen und Kinder aus Al-Hol zurückgeholt werden, gelangen sie zunächst ins nordirakische Lager Dscheddah 1³. Dort wird angenommen, dass sie im Rahmen eines Deradikalisierungsprogramms bessere Chancen für eine nachhaltige Integration in ihre ursprünglichen Heimatorte haben. In der Realität funktioniert dies jedoch oft nicht wie geplant. Viele Familien berichten von extremer Angst, Verunsicherung und dem Hindernis durch ihre jeweiligen Stämme, in ihre Orte zurückzukehren. Es ist wichtig zu erklären, dass in Form einer kollektiven Bestrafung, die in irakischen Stammesbräuchen oft verhängt wird, ein Stamm die gesamte Familie verbannen kann, nur weil ein Teil dieser Familie sich dem IS angeschlossen hat. Zusätzlich zu diesen schwierigen Lebensbedingungen haben Rückkehrer·innen nach

¹ Gemeint ist eine von IOM im August 2023 veröffentlichte Studie zu RückkehrerInnen in der Provinz Ninawa, siehe folgender [Link](#).

² Die Definition von „Hotspots“ findet sich auf Seite 5, FN 26 der genannten IOM-Studie.

³ Dscheddah 1 ist ein Lager in der Provinz Ninawa, das speziell für RückkehrerInnen aus dem Lager Al-Hol in Syrien, in dem Personen mit Verbindungen zum IS gehalten werden, eingerichtet wurde, Anm. ACCORD.

Verlassen von Dscheddah 1 oft Schwierigkeiten, Beschäftigung zu finden und ihre Familien zu ernähren. Es gab auch Geschichten, in denen Familienangehörige in Dscheddah 1 ein bescheidenes Gehalt verdienen konnten, um Familienmitglieder zu unterstützen, die das Lager verlassen mussten. Dies wirft die Frage auf, wie viele der Zurückgeholten bzw. Rückkehrer:innen die harten Bedingungen in diesen Flüchtlingslagern teilweise besser finden als ein Szenario, in dem sie an ihre ursprünglichen Orte zurückkehren können.

Jesid:innen in Sindschar und Christ:innen in Ninawa

In Sindschar haben wir eine ähnliche Diskussion geführt. Dort haben wir zahlreiche Interviews mit Jesid:innen durchgeführt, die den Genozid im Sindschar-Gebirge miterlebt haben und viele Angehörige in Flüchtlingslagern in Kurdistan haben. Ein jesidischer Prinz erklärte uns, dass diese Lager, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen, die dort aufgewachsen sind, eine Art von Heimat darstellen. Die Konversation auf Arabisch war besonders interessant, als wir uns über die Bedeutung von "Watan" (Heimat) unterhielten. Dabei erklärten sie uns, dass die Lager für diejenigen, die dort aufwachsen, eine Art Heimat sind, und sie viel weniger emotionale Verbindung zu Sindschar herstellen können als zum Beispiel ihre Eltern. Daher sollte auch das kontroverse "Sinjar Agreement" oder Sindschar-Abkommen⁴ Teil der Diskussion sein. Viele Jesid:innen, vor allem diejenigen, die in Sindschar leben und diejenigen, die sich noch in den Flüchtlingslagern aufhalten, wurden in Bezug auf ihre Wünsche nicht angemessen einbezogen. Mein persönlicher Eindruck aus Gesprächen war, dass obwohl viele eine Sehnsucht nach Sindschar verspüren, die meisten von ihnen ein sicheres Leben im Ausland bevorzugen würden. Dies gilt nicht nur für Jesid:innen, sondern auch für viele Christ:innen in Ninawa. Manchmal stießen wir sogar auf gewisse Ausprägungen von Neid zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere in Bezug darauf, wer gute Aussichten darauf hat, ein würdevolles Leben in Europa oder einem westlichen Land zu führen und sich dort erfolgreich zu integrieren. Als ich mich mit verschiedenen Bewohner:innen aus Mossul über die Rückkehr von mehr Christen nach Mossul unterhielt und ob der Wiederaufbau von Kirchen dazu führen würde, sagten viele arabische sunnitische Einwohner:innen Mossuls: Es spielt eigentlich keine Rolle, wie viel in den Wiederaufbau von Kirchen investiert wird, denn Christ:innen aus Ninawa haben viel bessere Möglichkeiten, sich im Ausland als Christen zu integrieren und sich dort zurechtzufinden. Angesichts der Lebensbedingungen, die wir alle in Ninawa akzeptieren müssen, ist die Rückkehr für die Christ:innen keine attraktive Option.

Ein weiterer Aspekt, den ich hervorheben möchte, betrifft die demographische Zusammensetzung, insbesondere in Sindschar. Obwohl der Völkermord an der jesidischen Bevölkerung die meiste Aufmerksamkeit auf sich zieht, sollten wir auch die kritische Anzahl der Mitglieder arabischer Stämme aus Sindschar nicht übersehen. Einige von ihnen haben uns mitgeteilt, dass sie sich gezwungen sehen, in Mossul zu bleiben, aus Angst vor möglichen Vergeltungsangriffen seitens der Jesid:innen. Dieser Aspekt wird in den Medien nicht

⁴ Eine im Oktober 2020 getroffene Vereinbarung zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der Kurdischen Regionalregierung, bei der es darum geht, Sicherheit und Stabilität im Distrikt Sindschar herzustellen und Spannungen zwischen den Gemeinschaften abzubauen, Anm. ACCORD.

ausreichend beleuchtet. Es gibt zwar verschiedene lokale Initiativen und Friedensgespräche sowie Versöhnungsinitiativen, die versuchen, einen Dialog zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern. Wir haben auch mit vielen Akteuren, darunter lokalen Führern und Meinungsbildnern, gesprochen, die sich bemühen, diesen Dialog zu initiieren. Allerdings wird es Zeit brauchen. Ein weiterer Kritikpunkt ist die begrenzte externe Unterstützung und Hilfe, um mehr Möglichkeiten für Therapie und psychologische Unterstützung zu schaffen. Diese Maßnahmen sollten nicht nur für die Opfer, sondern auch für deren Familienangehörige und die Kinder bereitgestellt werden, die alle unter Traumastörungen leiden und die Befürchtung haben, in der Gesellschaft stigmatisiert zu werden.

Hinderliche Faktoren bei der Rückkehr

Gerne möchte ich auf die Bedingungen eingehen, die die Rückkehr erschweren und aus der Perspektive der Binnenvertriebenen ein RückkehrszENARIO noch undenkbarer erscheinen lassen. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Macht, die von paramilitärischen, nichtstaatlichen oder parastaatlichen bewaffneten Gruppen ausgeübt wird. Ein Beispiel hierfür sind die Volksmobilisierungseinheiten, die mittlerweile als Sicherheitsbehörde vom Staat anerkannt sind und zahlreiche bewaffnete Fraktionen umfassen. Diese Gruppen unterhalten enge Verbindungen zu nichtstaatlichen Brigaden und sind äußerst aktiv in Ninawa. Neben ihren Sicherheitsfunktionen verfolgen sie auch umfassende wirtschaftliche Interessen. In diesem Zusammenhang werden Akteuren aus diesen Netzwerken nicht nur Belästigungen an Kontrollpunkten vorgeworfen, sondern auch die Ausübung erheblichen Einflusses bei der Vergabe und Verhandlung von ländlichen Gebieten. Viele Bewohner·innen von Ninawa haben uns mitgeteilt, dass sie sich durch diese Akteure enteignet fühlen und nur sehr begrenzte formale Kanäle zur Verfügung haben, um Beschwerden einzureichen oder ihr Eigentum zurückzuerlangen.

Risikoprofile

Die gefährdeten Profile umfassen nicht nur Familien mit vermuteten oder nachgewiesenen Verbindungen zur terroristischen Organisation Islamischer Staat, sondern auch solche, die Befürchtungen vor Racheakten seitens ihres eigenen Stammes oder ihrer Ethnie hegen. Zum Beispiel haben sich viele Konflikte zwischen schiitischen und sunnitischen Mitgliedern der turkmenischen Gemeinschaft entfaltet. Manche sunnitische Turkmen·innen, besonders in den Gebieten von Tell Afar, werden aufgrund einer beträchtlichen Anzahl von sunnitischen Turkmen·innen aus Tell Afar, die es in die Führungsebene des IS geschafft haben, sowohl von ihren schiitischen Landsleuten als auch von sunnitischen Araber·innen aus Mossul oft als Sündenböcke behandelt oder stark stigmatisiert.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Hasspredigten gegenüber Jesid·innen sowie die tief verwurzelten Vorurteile in der Gesellschaft. Wir verbrachten einige Tage in Scheichan, um die sogenannten kulturellen Versöhnungsformate oder Formen des interkulturellen Zusammenlebens zu erforschen. Ein jesidischer Scheich berichtete, dass nach der Einleitung solcher Dialoginitiativen, wenn er seine Dialogpartner, seien es Kurd·innen, Turkmen·innen oder Sunnit·innen, zu sich nach Hause einlud, viele von ihnen die Einladung ablehnten, da sie jesidische Nahrung als unrein betrachteten. Solche Vorurteile tragen dazu bei, dass sich viele

Jesid:innen in ihren Gebieten, insbesondere diejenigen, die in Kurdistan leben, nicht besonders willkommen fühlen. Einige der von uns interviewten Jesid:innen haben sogar die Meinung geäußert, dass sie sich sicherer fühlen würden, wenn internationale Streitkräfte in Sindschar präsent wären. Dies liegt daran, dass sie wenig Vertrauen in die Fähigkeit der irakischen Regierung und ihrer Streitkräfte haben, sie vor möglichen zukünftigen Angriffen von IS-Terroristen zu schützen.

Weiterhin existieren Szenarien, in denen Christ:innen vor Furcht erzittern und Druck durch christliche Milizenführer verspüren. Hierbei ist es von Bedeutung zu betonen, dass vier der fünf im irakischen Parlament für die christliche Minderheit reservierten Sitze von Mitgliedern der politischen Partei von Rayan Al-Kaldani belegt sind – einem christlichen Milizenführer, der auch in den deutschen Medien für Aufsehen sorgte, indem er eine Privataudienz mit dem Papst durch Photoshop inszenierte. Diese christlichen Akteure streben danach, sich nach außen, insbesondere in den Augen westlicher Regierungen, als die legitimen Vertreter der christlichen Gemeinschaft zu präsentieren. Allerdings hört man vor Ort auch deutliche Kritik und den Vorwurf, dass sich Christ:innen von ihren christlichen Vertretern im irakischen Parlament nur unzureichend repräsentiert fühlen. Ähnliche Vorwürfe erheben auch viele Schabak, die ebenso die Kluft zwischen den Bewohnern der Ninawa-Ebene und deren Vertretern im Parlament betonen.

Tischrin-Aktivist:innen, reformorientierte Bewegungen und Aktivist:innen in der Genderdiskussion

Eine letzte Gruppe, die ich ansprechen möchte, sind politische Aktivist:innen, Journalist:innen und Meinungsmacher:innen – Stimmen, die entweder mit Tischrin, der Protestbewegung, die 2019 im Irak begonnen hat, assoziiert werden, oder mit reformorientierten Bewegungen, sei es im Bereich der Korruptionsbekämpfung, im Klima- oder sogar im Gesundheitssektor. Sie sind vielen Eliten ein Dorn im Auge, da sie sich intensiv mit den irakischen Gesetzen auseinandersetzen und genau darüber berichten möchten, ob es sich um ein Problem der Gesetzgebung oder um ein Problem der Implementierung handelt. Sie enthüllen auch präzise, wie korrupte Kanäle zur Verschwendung staatlicher Ressourcen führen. In vielen Fällen haben diese Aktivist:innen, wenn sie den Irak nicht verlassen können, Zuflucht in Kurdistan gesucht, da sie sich in Ninawa eher gefährdet fühlen.

Eine weitere marginalisierte Gruppe, die zu den gefährdeten Profilen gehört, sind LGBTQ-Vertreter:innen oder alle, die als aktiv im Bereich der Genderdiskussion wahrgenommen werden. Leider werden sie oft von verschiedenen Seiten angegriffen, nicht nur von schiitischen Milizenführern, sondern auch von traditionellen Stammesgesellschaften in Ninawa sowie von ihren Mitmenschen und Nachbarn. Besonders in Mossul muss man berücksichtigen, dass es sich um eine Kultur handelt, die zwar nicht unbedingt religiös, aber kulturell konservativ ist.

Das sind meiner Meinung nach die wichtigsten Themen oder Punkte, die ich aus meinen Eindrücken in Ninawa ansprechen wollte. Als wir mit den Menschen offen über ihre Wünsche und Erwartungen an die internationale Gemeinschaft gesprochen haben, stellte sich heraus, dass die Gebermüdigkeit ein zentrales Anliegen ist. Viele Projekte werden lediglich für zwei, drei bis höchstens sechs Monate unterstützt, und es gestaltet sich für lokale Akteure äußerst

schwierig, Nachhaltigkeit zu gewährleisten, insbesondere im Bereich von Versöhnungsinitiativen. Bemerkenswert ist, dass man mit kontroversen Begriffen wie Friedensbildung oder sozialer/gesellschaftlicher Versöhnung äußerst behutsam umgeht, da diese leider oft mit Korruptionspraktiken, Nepotismus und Patronagenetzwerken in Verbindung gebracht werden. Dennoch gibt es vor Ort sehr engagierte Stimmen, die innovative Ansätze verfolgen, indem sie Menschen, insbesondere Angehörige von Opfern und Familienmitglieder mutmaßlicher Täter, zusammenbringen und gemeinsam eine Art Aufarbeitung der Geschichte betreiben wollen. Diese Stimmen, wie wir festgestellt haben, können tatsächlich vor Ort Wunder bewirken, wenn sie konkrete Unterstützung vonseiten der internationalen Gemeinschaft erhalten, im Gegensatz zu den oft groß angekündigten internationalen Projekten.

Q&A

Sind die Jesid:innen als einheitliche Gruppe wahrzunehmen oder sind sie auch in unterschiedliche Fraktionen aufgeteilt?

Inna Rudolf: Das ist eine sehr gute Frage. Während meiner Interviews mit Turkmenen, Schabak und insbesondere sunnitischen Arabern aus Mossul zum Thema der wichtigsten Grundlage für einen Versöhnungsprozess mit den Jesiden wurde oft betont, dass die Jesiden nicht mit einer Stimme sprechen. Bei meinem letzten Besuch vor Ort hatte ich den Eindruck gewonnen, dass tatsächlich Unterschiede zwischen den Menschen aus Sindschar bestehen, die den grausamsten Taten und Terrorakten des IS ausgesetzt waren, und denen aus Orten wie Scheichan, die relativ früh nach Kurdistan fliehen konnten und den gesamten Horror nicht in gleichem Maße miterlebt haben. Daher ist es entscheidend sicherzustellen, dass alle diese Stimmen in einem Dialogprozess oder insbesondere bei der Neuverhandlung von Abkommen angemessen vertreten sind. Kritische Stimmen von Jesid:innen aus den Flüchtlingslagern gibt es ebenfalls, die klar sagen, dass sie Sindschar lieben, jedoch keine Verbindung dazu herstellen können. Sie können auch nicht mit ihren Familien dorthin zurückkehren, da 80 oder 90 % der Infrastruktur komplett zerstört sind, und es unzumutbar wäre, weiterhin in Zelten zu leben. Viele fühlen sich sowohl von der irakischen Regierung als auch von der Regierung in Kurdistan teilweise verraten und teilweise gezwungen zurückzukehren, obwohl dort keine Bedingungen für ein würdiges Leben existieren. Es ist erneut wichtig zu betonen, dass, obwohl ein Gesetz vom irakischen Parlament verabschiedet wurde, Reparationszahlungen von vielen Jesid:innen immer noch als Mythos betrachtet werden. Leider ist nur wenig Transparenz für internationale Organisationen erkennbar, um genau zu bestimmen, wo das Problem liegt und bei welchen irakischen Behörden internationaler Druck ausgeübt werden kann, damit diese Reparationszahlungen tatsächlich stattfinden.

Daniel Gerlach: Was die Einheit der jesidischen Gemeinschaft betrifft, so müssen wir schon verstehen, es handelt sich, obwohl sie diesen Genozid oder Genozidversuch erlebt hat und massiv von Vertreibung betroffen ist, immer noch um die größte nichtmuslimische Gemeinschaft. Und natürlich gibt es innerhalb einer so großen Gemeinschaft verschiedene Fraktionen. Es gibt natürlich die Notwendigkeit, sich mit bestimmten politischen Kräften zu verbünden. Und so ist es natürlich so, dass es insbesondere in Irakisch-Kurdistan, also in dem

Autonomiegebiet, jesidische Vertreter gibt, die sehr nah an der herrschenden Familie, an der herrschenden Klasse, an Barzani und ihrer Kurdischen Demokratischen Partei sind. Es gibt andere Gruppen, und das ist auch ein Phänomen, auf das wir immer wieder stoßen, die natürlich entsprechend instrumentalisiert werden, die auch gezielt rekrutiert wurden von der PKK beziehungsweise einer mit der PKK verwandten Einheit im Nordirak, insbesondere in Sindschar, die YBŞ. Also es gibt sehr, sehr viele verschiedene, auch jesidische politische Stimmen und wir dürfen auch nicht vergessen, dass die jesidische Diaspora, die insbesondere in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas ansässig ist, eine große Mitsprache hat, weil im Irak es so empfunden wird, dass sie die internationale Haltung, insbesondere die deutsche Haltung gegenüber den Jesiden und insgesamt dem Irak stark beeinflusst. Und auch da gibt es natürlich innere Konflikte, die von politischen Kräften auch ausgenutzt werden, also die Haltung der jesidischen Diaspora, auch die Haltung der Bundesregierung gegenüber dem jesidischen Dossier wird im Irak und auch unter den Jesiden dort alles andere als einheitlich wahrgenommen. Es gibt durchaus verschiedene Positionen dazu. Aber das sollte kein Vorwand sein, wie Frau Rudolf gerade gesagt hat, zu sagen, die Jesiden sprechen nicht mit einer Stimme, also ist ihre Stimme nicht relevant.

Was für eine Rolle spielte die kurdische Regionalregierung beziehungsweise speziell die KDP beim Genozid und was 2014 in Sindschar passiert ist? Geht es da vielleicht um den Rückzug der Peschmerga?

Inna Rudolf: Das ist auch äußerst interessant, denn es handelt sich hier um eine offene Wunde, insbesondere wenn man mit zahlreichen Jesid:innen über die Rolle der Peschmerga spricht. In erster Linie kritisieren sie ihre Nachbarn, insbesondere diejenigen aus sunnitischen arabischen Stämmen. An zweiter Stelle wird immer die irakische Regierung unter Nuri Al-Maliki⁵ erwähnt, gefolgt von den Peschmerga und der Kurdischen Regionalregierung, wie Sie bereits erwähnten. Kürzlich wurde seitens kurdischer Kulturschaffender eine Art Telenovela über den Fall von Mossul initiiert, die vom Sender Zagros ausgestrahlt wurde. Schon beim Betrachten eines Trailers sieht man heldenhafte Peschmerga-Einheiten, die in den Kampf ziehen, um die Jesid:innen zu verteidigen. Die Telenovela enthält auch Geschichten von kurdischen Familien, die versuchen, Jesid:innen bei sich zu verstecken und auf verschiedene Weise zu unterstützen. Obwohl eine Telenovela sicherlich eine Anekdote ist, zeigt sie meiner Meinung nach deutlich, dass sich die Kurden ihrer vermeintlichen Rolle bewusst sind und gegen den Vorwurf des Verrats vorgehen möchten. Bei unseren Gesprächen über Orte, an denen sich Jesiden sicher fühlen, fügte ein anderer Scheich, den wir interviewten, hinzu: Solange die Barzani- und die Talabani-Familien präsent sind, sehen wir immer noch eine gewisse Stabilität und Sicherheit. Allerdings sind wir äußerst besorgt über Radikalisierungstendenzen in der kurdischen Region. Dies ist etwas, worüber in den Medien nicht besonders viel gesprochen wird, da wir oft das Bild von Kurdistan als einer modernen Region mit Infrastrukturentwicklung, modernen Bars und dergleichen haben. Es ist jedoch wichtig zu erkennen, welche tief verwurzelten und teilweise

⁵ Der 2014 amtierende irakische Premierminister, Anm. ACCORD

religiös motivierten Vorurteile sowie Hasspredigten gegen Jesid:innen immer noch in der kurdischen Region existieren.

Gibt es denn eine Tendenz, dass die kurdische Regionalregierung diese Camps wieder auflöst um möglichst dafür sorgen, dass die Jesid:innen sich wieder in Sindschar ansiedeln?

Inna Rudolf: Der Druck besteht darin, möglichst viele Menschen zur Rückkehr nach Sindschar zu bewegen. Allerdings gibt es ein aktuelles Problem, das durch Berichte der IOM mit aktuellen Daten aus Ninawa und den Lagern verdeutlicht wird: Ein Drittel der Befragten zeigte sich äußerst skeptisch hinsichtlich der Rückkehrmöglichkeiten und Szenarien nach Sindschar aufgrund der mangelnden Infrastruktur, des Dienstleistungsdefizits und der Sicherheitsprobleme. Viele dieser Minderheiten in Ninawa stehen vor der Herausforderung, sich für eine bewaffnete Gruppe entscheiden zu müssen. Welche Gruppe bietet die größte Sicherheitsgarantie oder die besten Aussichten, die erforderlichen Dokumente aus Bagdad zu erhalten? Hierbei finden zahlreiche Transaktionen statt. Doch natürlich wird man, sobald man als Verbündeter einer bestimmten Gruppe gilt, anfälliger für Angriffe seitens anderer Gruppen, möglicherweise auch aus der eigenen Gemeinschaft, die in irgendeiner Form von dieser bewaffneten Gruppe belästigt oder angegriffen wurden. Dies führt zu erheblichem Misstrauen unter den Jesid:innen.

Welche Rolle hat die KDP 2014 gespielt, und haben die Jesid:innen den Eindruck, dass sie von der KDP an der Flucht vor dem IS gehindert wurden?

Daniel Gerlach: Ja, also ich glaube tatsächlich, das ist nicht unsere Rolle, in diesem Seminar forensisch zu analysieren, was da damals passiert ist. Es gibt da hinlänglich Publikationen zu, es gibt Auffälligkeiten, was das taktische Verhalten der Peschmerga anbelangt, was dazu geführt hat, dass ihnen auch immer wieder vorgeworfen wurde, sie hätten quasi sehenden Auges oder sogar absichtlich einen solchen Vorfall kreiert. Ich habe die Belege und Beweise dafür nicht gesehen. Ich weiß, dass es im politischen Diskurs in Bagdad sehr weitverbreitet ist, auch der KDP und der Barzani-Familie das vorzuwerfen. Ich glaube, in dieser Situation muss man sich einfach mal wieder vergegenwärtigen, was für eine sicherheitspolitische militärische Stresssituation gewesen ist, wie unklar auch die Lage gewesen ist. Und da hätte die internationale Gemeinschaft auch die Möglichkeit gehabt, zu intervenieren und hat bekanntlich zu wenig getan. Dem IS stand die Möglichkeit offen, auch um Sindschar herum sofort in das Kerngebiet der Autonomieregion vorzudringen. Ich möchte das nicht als Verschwörungstheorie abtun. Ich kann mir vorstellen, dass ein gewisses politisches Kalkül da auch mit reingespielt hat. Dennoch glaube ich, dass weder Frau Rudolf noch ich in der Lage sind, hier überzeugend darzulegen, was dazu geführt hat, dass der IS eben damals vordringen konnte. Es gibt da genug wissenschaftliche und auch journalistische Auseinandersetzungen mit dem Thema. Für mich hat keiner überzeugend dargelegt, dass es tatsächlich so gewesen ist.

Inna Rudolf: Ja, und hier möchte ich klarstellen, dass ich zuerst über Wahrnehmungen und nicht über harte Fakten gesprochen habe. Forensisches Beweismaterial liegt uns momentan nicht vor. Ich betrachte es auch als ein positives Zeichen, dass es auf Seiten der kurdischen Seite, unabhängig von den genauen Umständen oder dem Verlauf der Offensive mit den Peschmerga,

ein Bewusstsein und eine Bereitschaft gibt, dieser Wahrnehmung der Jesid·innen entgegenzutreten. Dies empfinde ich als ein positives Zeichen. Bei unserem Besuch in Lalish gab es tatsächlich auch Besucher aus der kurdischen Region. Leider ist uns aufgefallen, dass viele der Besucher ihr eigenes Essen mitgebracht haben, was auf die tief verwurzelte kulturelle Kluft hinweist. Was sich die Jesid·innen am meisten wünschen, ist, gegen solche Vorurteile vorzugehen. Sie appellieren oft an einflussreiche Religionsführer und Stammesführer, mehr Aufklärungsarbeit zu leisten, gegen die Verschwörungstheorien von Jesiden als Teufelsanbeter vorzugehen und auch eine Anerkennung für das Leiden und die Traumata zu erhalten, die ihnen zugefügt wurden. Dabei lässt sich eine gewisse Enttäuschung und vielleicht auch Resignation von jesidischer Seite spüren. Bei Dialogformaten mit kurdischen oder sunnitisch-arabischen Vertretern sagen sie oft: In dem Moment, wo der IS als Täter benannt wird, treten beide Gruppen, sowohl die kurdische als auch die sunnitisch-arabische Seite, einen Schritt zurück und stempeln den IS als eine Art internationale zionistische Verschwörung ab, die überhaupt nichts mit dem Islam und mit ihnen zu tun hat. Aus jesidischer Perspektive ist dies der Punkt, an dem jede Konversation endet, solange kein Bewusstsein dafür besteht, dass trotz der Anzahl an ausländischen Kämpfern und internationalen Volontären in den Reihen des IS eben auch Menschen aus Ninawa dem IS beigetreten sind. Jesid·innen kritisieren, dass es keinen Aufarbeitungsprozess gibt und es daher für sie sehr schwierig ist, eine konstruktive Grundlage mit ihren Mitmenschen zu finden.

Eine Frage in Ihre Richtung, Frau Rudolf: Sind die Ergebnisse dieser Studie, die Sie durchgeführt haben, schon veröffentlicht?

Inna Rudolf: Das, was ich zitiert habe, stammt aus dem Rückkehrindex, Stand Oktober bis einschließlich Dezember 2022. Es wird eine aktualisierte Version geben. Hier ist der Link zur Studie:

- IOM – International Organization for Migration: Progress toward durable solutions in Iraq; A pilot project in Ninewa governorate, August 2023
[https://iraqdtm.iom.int/files/HHReintegration/20238202245839_Progress_Towards_Durable_Solutions - Ninewa Report.pdf](https://iraqdtm.iom.int/files/HHReintegration/20238202245839_Progress_Towards_Durable_Solutions_-_Ninewa_Report.pdf)

Welche Rolle spielt die Türkei bei der Rückkehr der Jesid·innen, übt die Türkei einen Einfluss aus, was die Rückkehr von Jesid·innen nach Sindschar angeht?

Inna Rudolf: Als ich im Mai 2023 vor Ort war, herrschte eine tiefe Verunsicherung und in einigen Fällen sogar Wut aufgrund der türkischen Angriffe in Sindschar. Es gab zivile Opfer, und die Jesid·innen empfinden sich quasi als Sündenbock, gefangen in einem geopolitischen Spiel, bei dem die Türkei eine Art kollektive Bestrafung ohne ausreichende Rücksicht auf die Zivilbevölkerung in Sindschar durchgeführt hat.

Daniel Gerlach: Also die Türkei ist ein ganz entscheidender Faktor. Dieses Sindschar-Gebiet ist ja im Grunde der Sattel zwischen Syrien und Irak und das ist strategisch sehr wichtig. Deswegen war es ja auch so umkämpft, um den Grenzübergang zwischen den kurdischen Gebieten in Syrien, also dem Nordosten des Euphrat, und den irakischen kurdischen Gebieten zu

kontrollieren. Und hier hat die PKK - in der Türkei als Terrororganisation bekämpft und verfolgt - Kräfte aufgebaut, auch unter den Jesiden in Sindschar, um ein Gegengewicht zu den anderen Kräften zu schaffen. Das ist die, die ich eben angesprochen habe, die sogenannte YBŞ. Und diese Gruppen versuchen natürlich, dieses Grenzgebiet zu kontrollieren, beziehungsweise nicht ganz aus der Hand zu geben. Und das ist auch der Anlass für die Türkei. Die Türkei hat seit Jahren, also mehr oder weniger von der internationalen Öffentlichkeit unbeachtet, in der Gegend auf irakischem Territorium auch militärische Präsenz, da stehen türkische Panzer, da sind Drohnen im Einsatz und die Türkei geht da sehr selbstbewusst vor, was wiederum anderen bewaffneten Gruppen, auch schiitischen Gruppen, Anlass gegeben hat, dort ihre Präsenz zu verstärken und das ein Stück weit auch als Vorwand zu nehmen und zu sagen: wir verteidigen irakisches Territorium in der Provinz Ninawa gegen türkischen Imperialismus. Also es gibt da eine sehr wichtige internationale Dynamik. Auch Iran spielt da mit und das ist letztendlich vielleicht auch der Übergang zu dem, was ich nachher erklären möchte, dass die Provinz Ninawa, die Frau Rudolf gerade ja detailliert auch mit eigenen Erfahrungen vorgestellt hat, zwar in gewisser Weise ein Sonderfall im Irak ist, auf der anderen Seite aber auch repräsentativ für die Probleme steht, mit denen wir es im ganzen Land zu tun haben.

Sie hatten erwähnt, Frau Rudolf, dass es teilweise von den Stämmen in Ninawa eine Art kollektive Bestrafung gegenüber Mitgliedern gibt, denen IS-Verbindungen nachgesagt werden. Gibt es bestimmte Stämme, bei denen das de facto weiterhin so ist, oder ist das doch eher fallspezifisch? Oder kursieren sogar irgendwelche Namen, die direkt mit IS-Mitgliedschaft in Verbindung gebracht werden?

Inna Rudolf: Hier geht es vielmehr um verschiedene Ausprägungen von Stammesbrauchtum und um Interpretationen sowie Entscheidungen seitens der Stammesführer. Wenn beispielsweise ein Familienmitglied, sagen wir der Schwager, dem IS angehörte, distanziert man sich mitunter von der gesamten Familie. Es existieren auch andere Mechanismen zur Regelung von Konflikten basierend auf bestimmten Stammesbräuchen. Die Kontroverse besteht darin, dass die irakische Regierung den Rückkehrer:innen aus Dscheddah 1 vorwirft, die vermeintliche Angst vor Vergeltung oder Bestrafung seitens des eigenen Stammes als Vorwand zu nutzen. Die irakische Regierung beteuert, dass sie intensiv mit den verschiedenen Stammesführern zusammenarbeitet, um jegliche Gefahr seitens des Stammes für Rückkehrer zu verhindern. Dennoch spielt für viele, die Dscheddah 1 noch nicht verlassen möchten, die empfundene Gefahr seitens des eigenen Stammes eine bedeutende Rolle. Die irakischen Behörden interpretieren dies als Entschuldigung, insbesondere weil sie diesen Menschen vorwerfen, weiterhin von den sozialen, finanziellen und gesundheitlichen Dienstleistungen in Dscheddah 1 profitieren zu wollen. Dies ist zweifellos ein kontroverses Thema, und ich sehe es kritisch, da Stammesführer oft nicht die absolute Kontrolle über alle Elemente oder aufstrebenden Größen innerhalb eines Stammes haben, die oft in einer Rivalität zueinander stehen. In einigen Bereichen kam es bereits zu Vorfällen und Auseinandersetzungen, die eine Intervention erforderlich machen. Es ist äußerst wichtig, Stämme und ihre Führer in friedensbildende Maßnahmen einzubeziehen. Wir haben auch Interviews mit Stammesführern aus Ninawa um Mossul herum geführt. Ihre Erzählungen zeugen von Frustration gegenüber der Regierung und mangelnder Koordination, da sie sich auch verantwortlich fühlen, eine Art Aufnahmebereitschaft zu gewährleisten, insbesondere wenn Rückkehrer:innen aus Al-Hol in

bestimmten Gebieten zurückgesiedelt werden müssen. Sie betonen, dass es ihre Aufgabe ist, mit den verschiedenen Familien an einem Aufnahmeort zu sprechen und Informationen zu liefern, um klarzustellen, dass es sich nicht um Täter, sondern eher um Familienangehörige handelt, die keine Unterstützer des IS waren, aber aus verschiedenen Gründen nach Al-Hol kamen. In einigen Fällen wird ihre Aufklärungsarbeit jedoch nicht von der Regierung unterstützt. Sie beklagen sich darüber, dass eine Gruppe von Rückkehrer:innen an einem bestimmten Ort angesiedelt wurde, ohne dass sie informiert wurden. Als Folge werden sie von ihren Angehörigen darauf angesprochen, dass ihre Glaubwürdigkeit beeinträchtigt ist. Ohne diese Glaubwürdigkeit können sie keinen Beitrag zur Schaffung von Akzeptanz leisten. Ein dringender Aufruf besteht daher, die Koordination zwischen Stammesführern, internationalen Organisationen und lokalen irakischen Regierungskräften zu verbessern, um eine gemeinsame Position zu gewährleisten. Verschiedene Informationen von Repräsentanten oder Machthabern führen zu vielen Verschwörungstheorien und schüren Misstrauen vor Ort. Wenn unterschiedliche Repräsentanten unterschiedliche Informationen verbreiten, wird es für die lokale Bevölkerung umso schwieriger, sich auf eine Reintegration und Rehabilitation dieser Rückkehrer vorzubereiten. Während unserer Gespräche vor Ort wurde deutlich, dass viele sich nicht vorstellen können, dass dies durch die Koordination von lokalen Stammesführern möglich ist. Sie argumentieren, dass beispielsweise der Täter nicht im Haus gegenüber dem Opfer angesiedelt werden kann, insbesondere wenn das Opfer keine angemessene Reparationszahlung für das erlittene Unrecht durch den IS erhalten hat. Hier müssen alle beteiligten Akteure besser zusammenarbeiten.

Daniel Gerlach: Ja, vielleicht grundsätzlich ein Begriff oder ein Konzept, das ich ungemein wichtig finde zum Verständnis all dieser Probleme. Ich weiß nicht, ob Sie den Begriff "Demographic Engineering" schon mal gehört haben oder "strategischer Umgang mit Demographie", "strategische Demographie". Ich will jetzt nicht zu weit in die Geschichte Mesopotamiens abschweifen, aber es ist absolut üblich, dass man zur Kontrolle bestimmter Gebiete bestimmte Gruppen irgendwo ansiedelt, um ein bestimmtes strategisches Terrain zu kontrollieren. Das ist nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Europa bis heute eine Praxis, die eigentlich unreflektiert betrieben wird. Das hat Saddam Hussein als Hauptaktivität betrieben: zu versuchen, die ethnisch-konfessionelle Zusammensetzung in bestimmten Gebieten, gerade in den umstrittenen und konfliktreichen Gebieten zu seinen Gunsten zu verändern, indem man davon ausgeht, dass einem bestimmte loyale Gruppen, die dort angesiedelt sind, ermöglichen, dort Macht auszuüben beziehungsweise die Region sicherer zu gestalten. Gerade in der Provinz Ninawa haben Sie, wie heute wieder, die Auswüchse dieses Phänomens: dass man in bestimmten Gebieten Menschen in Flüchtlingslagern hat, die ihre eigenen angestammten Behausungen von dem Lager, wo sie sind, sehen können, wo aber jetzt andere leben. Und das gilt auch für die Felder, für die Bewirtschaftung, für die wirtschaftliche Existenz. Sie haben bestimmte Gebiete, wo die Schabak-Minderheit lebt, die eine hochinteressante Konfessionsgemeinschaft ist, die ich dem schiitischen Lager zurechnen würde, aber die wiederum anders sind als die Zwölferschiiten, die mehrheitlich im Irak leben. In deren Gebieten haben Sie plötzlich das Phänomen, dass schiitische Husseiniat - schiitische Gebetshäuser, das Äquivalent von Moscheen - nach iranischem Muster aufgebaut werden. Das sehen die Menschen dort und sagen: hier findet gerade eine "Schiitisierung" eines bestimmten Streifens in Sahl Ninawa, also in der Ninawa-Ebene, statt, und betrachten das als einen Angriff

nicht nur auf ihr Bleiberecht, sondern natürlich auch auf ihre Identität. Und das Phänomen - auch die Frage, wohin jetzt die Jesiden geschickt werden, ob sie nach Sindschar gehen oder in der Autonomieregion bleiben, die ja auch Ansprüche über die Kontrolle von Sindschar und über Teile von Ninawa erhebt-, hängt ganz davon ab, inwiefern bestimmte Konfessions- und ethnische Gruppen den politischen Machtinteressen der großen Spieler gerade nützen oder nicht. Das ist sehr dynamisch und hängt auch von entsprechenden Loyalitäten einzelner Vertreter dieser Gemeinschaften gegenüber den Mächtigen ab. Und das ist eine Entwicklung, die letztendlich nicht neu im Irak ist, aber die man, glaube ich, verstehen muss, wenn man sich die Frage stellt: Kann jemand wieder dahin zurückkehren, wo er herkommt? Wird er sich irgendwann mit seinen Nachbarn verstehen? Es gibt dieses Verständnis, dass man ein Recht darauf hat, dahin zurückzukehren, wo man herkommt, gar nicht notwendigerweise. Und wir sehen das ja nicht nur im Irak, sondern auch in Syrien, in der Türkei. Sie haben das sicher verfolgt, dass Erdogan schon mehrfach angekündigt hat, dass er in bestimmten Gegenden an der türkisch-syrischen Grenze arabische Bevölkerung ansiedeln möchte, nach meiner Interpretation um so einen demographischen Sicherheitsgürtel aufzubauen. Und die Diskussion, was diese Menschen da verloren haben und ob sie überhaupt da hinwollen, wird eigentlich gar nicht geführt. Also, Bevölkerung als taktisches und strategisches Instrument zur Machtkontrolle einzusetzen, das sollte man als Konzept, glaube ich, immer auf dem Schirm haben, wenn man sich mit der Entwicklung im Irak befasst.

Inna Rudolf: Es gibt durchaus positive Entwicklungen, und eine optimistischere Geschichte, die ich teilen möchte, ereignete sich in Baschiqa. Dort führten wir eine faszinierende Diskussion in einem Jugendclub mit schiitischen Schabak-Vertretern. Unter den Teilnehmenden waren Studenten der Hawza, den religiösen Seminaren in Nadschaf, ein turkmenischer Anwalt und ein 70-jähriger irakischer Christ. Alle setzten sich zusammen und sprachen über kritische Themen wie Verrat, Jesiden und das Zugehörigkeitsgefühl, insbesondere ob man sich nach Mossul trauen könne oder nicht. In der Diskussion einigten sich die Schabak und die Christen darauf, dass der Konflikt, obwohl es oft zu religiös geprägten Auseinandersetzungen zwischen schiitischen Schabak und Christen in der Ninawa-Ebene kommt, letztendlich ein rein administrativer Konflikt ist. Die Schabak betonten, es sei nicht die Schuld der Christen, dass sie fliehen mussten. Das Problem sei, dass ihnen nie eine administrative Einheit seitens der Regierung oder des Staates gewährt wurde, was zu vielen Konflikten führte. Interessant war auch, dass nachdem eine gewisse Vertrautheit hergestellt wurde, sich die Schabak über korrupte Schabak-Politiker im irakischen Parlament aufregten, die Christen über ihre korrupten Vertreter, die Turkmenen über Zersplitterung innerhalb der turkmenischen Gemeinschaft. Trotzdem empfanden sie eine Art Einheit oder Solidaritätsgefühl zueinander, denn sie alle waren sich einig: am Ende streben wir alle einen funktionierenden Staat an. Ein funktionierender Staat und eine effiziente Bürokratie, auch auf lokaler Ebene, würden zu weniger Reibereien untereinander führen. Dies betrachtete ich als ein Zeichen der Hoffnung, verbunden mit einem Appell an die irakische Regierung und uns als internationale Partner, aktiv zu werden.

Wo Sie gerade von Baschiqa, von der Ninawa-Ebene sprechen: Gibt es aktuell noch Rückkehrbewegungen von Christ:innen, die in die Autonome Region Kurdistan geflohen sind, wieder zurück in ihre angestammten Gebiete in der Provinz Ninawa?

Inna Rudolf: Es gibt derzeit Bewegungen, insbesondere nach Mossul. In Mossul findet ein beeindruckender Wiederaufbau statt, sowohl im Bereich der Kirchen als auch in den christlichen Gemeinden. Dort spürt man definitiv eine Art Aufbruchsstimmung und eine ausgeprägte Sehnsucht seitens anderer Bevölkerungsgruppen, insbesondere sunnitischer Araber, nach der Rückkehr der Christen. Sunnitische Araber aus Mossul äußerten, dass die starke Präsenz der Christen, einschließlich ihrer kulturellen Beiträge, für sie maßgeblich dafür ist, ob sie ihre Heimat wiedererkennen können. Die interkulturelle Vielfalt von Mossul spielte für sie eine entscheidende Rolle im Zugehörigkeitsgefühl. Es war spürbar, dass eine positive Aufnahmebereitschaft vorhanden ist, gleichzeitig jedoch auch Skepsis herrscht, ob die Christen tatsächlich aus rein wirtschaftlichen oder rationalen Gründen zurückkehren möchten. Ich glaube, jene, die die Wahl haben, werden sorgfältig abwägen, ob Mossul als Stadt angemessene Bedingungen bietet, um ihre Familien zu unterstützen.

Und wie schaut es mit Rückkehrbewegungen in die Ninawa-Ebene aus, in Orte, in denen sie früher mehrheitlich gewohnt haben?

Inna Rudolf: Ja, es gibt Bewegungen, aber es fehlen nach wie vor angemessene Bedingungen für eine nachhaltige Rückkehr. Insbesondere in den Gebieten um Karakosch, wo wir Interviews geführt haben, äußerten christliche Religionsführer Zweifel, ob diejenigen, die bereits zurückgekehrt sind, langfristig bleiben werden. Die entscheidende Frage lautet, ob diese Bewegungen tatsächlich nachhaltig sind. Die von mir zitierte Studie zeigt eine klare Verbindung zwischen konkreten Lebensbedingungen, wie Beschäftigungsmöglichkeiten und Sicherheitsaspekten, und dem Fortschritt der Rückkehr. Es besteht eine deutliche Korrelation zwischen dem Fortschritt der Rückkehr und der Bereitschaft der Rückkehrenden, sich dort niederzulassen und neue Wurzeln zu schlagen. Dies gilt besonders für die zurückgekehrten Christen, die entscheiden müssen, ob sie die vor Ort vorgefundenen Bedingungen als angemessen empfinden oder ob sie dies lediglich als Übergangsphase betrachten, um nach anderen Möglichkeiten Ausschau zu halten.

2 Politisches System, Rechtsstaatlichkeit, Minderheiten (Vortrag Daniel Gerlach)

Staatliche Ordnung und Machtstrukturen

Irak ist ein Land mit mittlerweile 46 Millionen Menschen. Es ist ein großes Land, aber doch eines, in dem man erstaunlich schnell wiederum von einer Provinz in der anderen ist, was auch erklärt, dass die politischen, auch militärischen Entwicklungen, die irgendwo im Land stattfinden, das ganze Land betreffen. Die meisten von Ihnen werden sich daran erinnern, als die Nachrichten kamen, dass der IS plötzlich kurz vor Bagdad stand. Das erinnert einen wieder daran, dass alles sehr nah beieinander ist, und dass das, was in Ninawa und auch, was in Erbil passiert, die Zentralregierung und das politische Geschehen in Bagdad immer betrifft. Ich glaube, Frau Rudolf hat Ihnen gerade recht anschaulich, detailliert an einem konkreten

Zusammenhang gezeigt, was die Provinz Ninawa zu einem Hotspot, zu einer Ausnahmeerscheinung macht, aufgrund der vielen sich überlagernden Konflikte auf der anderen Seite, aber auch repräsentativ macht für die ganze Situation im Irak. Und dort haben wir eigentlich ein Zusammenspiel von verschiedenen Phänomenen oder Problemen, die ich mal so zusammenfassen würde: Irak ist eine sehr defizitäre, aber eine parlamentarische Demokratie, in der die Mobilisierung von Öffentlichkeit und die Mobilisierung von Volksgruppen ein wesentlicher Faktor zum politischen Machtgewinn ist. Es handelt sich nicht um eine Diktatur, wo irgendein Herrscher einfach sagt, was gemacht werden soll. Nein, um politische Ziele zu erreichen, muss man Bevölkerung mobilisieren. Auf der anderen Seite bedeutet das aber auch, dass es verschiedene Machtdynamiken gibt, also dass verschiedene Parteiführer, verschiedene Stammesführer, verschiedene Clanchefs aufgrund ihres Rückhalts in Teilen der Bevölkerung, oder zumindest der Legitimität, die sich daraus ergibt, politischen Einfluss ausüben können. Und wir dürfen nicht vergessen, im Irak finden regelmäßig Wahlen statt. Und es ist keineswegs mehr selbstverständlich, auch nicht in der westlichen Welt, dass nach einer Wahl ein „peaceful transfer of power“ stattfindet. Das haben wir bei den letzten Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten gesehen, dass es dort nicht nur Verfassungsbestimmungen, sondern auch bestimmte politische Absprachen und Gewohnheiten geben muss, die das ermöglichen. Und das hat es im Irak mehr oder weniger seit dem Ende der Herrschaft des amerikanischen Gouverneurs gegeben. Also wir haben –, und das ist auch eine der Motivationen, weshalb ich mich zum Beispiel persönlich im Nationalen Dialog im Irak engagiere – schon die Überzeugung, auf Seiten der politischen Machthaber, dass nicht einer alles beherrschen kann, dass man Macht teilen muss, dass man sich arrangieren muss. Das führt aber nicht notwendigerweise zu einer verstärkten Legitimation, sondern kann dazu führen, dass auch die Demokratie, der Parlamentarismus an sich diskreditiert werden, weil sie natürlich Einfluss-Tore für Manipulation sind, für Akteure von außen, die sich in die Politik einmischen, und für Korruption auf allen Ebenen, was eines der Hauptprobleme ist. Also wir haben auf der einen Seite die Dynamiken, die sich aus dem parlamentarischen System ergeben. Auf der anderen Seite haben wir ein Land, das einen furchtbaren Bürgerkrieg hinter sich hat. Und ich weiß, dieser Begriff Bürgerkrieg ist im Zusammenhang mit dem IS ein sehr kontroverser Begriff. Ich verwende ihn trotzdem, denn nach meiner Lesart handelt es sich beim IS schon um ein Phänomen, das im Kontext eines größeren sunnitischen Aufstands entstanden ist. Und vor wenigen Jahren war es nicht nur so, dass große Teile des irakischen Staatsgebiets unter Kontrolle einer aufständischen Bewegung waren, sondern man auch davon ausgehen musste, dass ein kritischer Teil der Bevölkerung in diesen Gebieten, zumindest bis zu einem gewissen Grad und einem gewissen Zeitpunkt, einen Aufstand auch unterstützt hat. Weil sie sich eben von der Regierung in Bagdad und von den anderen Parteien und politischen Kräften nicht vertreten bzw. diskriminiert gefühlt hat. Das ist sehr wichtig, wenn wir über Themen wie Rache, Vergeltung, Wiederintegration, Versöhnung, Dialog usw. sprechen. Das schwingt mit. Und die Narrative, die von den entsprechenden politischen Konfliktparteien befördert werden, die sind auch sehr wichtig, und die schaffen auch einfach Fakten. Der dritte Aspekt ist die Rolle internationaler geopolitischer Akteure. Der Irak ist, ich denke, ein Stück weit der Eckstein für das Machtgefüge im Nahen Osten.

Geopolitische Einbettung

Es gibt kein Land in der Region, das so viele und so lange Grenzen hat an entweder Staaten, die politischen Einfluss auf die Region nehmen, auch insbesondere im Irak, oder aber Staaten, die durch eigene Instabilität große Konfliktherde sind, die auch auf den Irak abstrahlen. Vergessen wir nicht, wir haben auf der Karte rechts die Islamische Republik Iran, die ein Jahrzehnt lang einen erbitterten Krieg mit dem Irak geführt hat, vom Irak angegriffen wurde, und die alles in ihrer Macht Stehende tut, um zu verhindern, dass vom Irak noch einmal ein Sicherheitsrisiko ausgeht. Darüber hinaus ist der Irak eine wesentliche Quelle für den Iran und für das iranische Regime, an internationale Devisen zu kommen. Dass man Macht ausüben muss im Irak und entsprechend auch über verschiedene politische Akteure operiert, das gehört absolut zum politischen Selbstverständnis und auch zur Sicherheitsdoktrin Irans. Wir haben die Türkei im Norden und die ungelöste Kurdenfrage, die immer wieder nicht nur Vorwand ist, sondern auch wirklich Grund zur Besorgnis. Der türkische Staat – über Jahrzehnte immer wieder besorgt, dass die Kurdenfrage irgendwann die staatliche Integrität des Landes gefährden könnte – fühlt sich absolut legitimiert, außerhalb seiner Grenzen zu operieren. Das bedeutet, im Irak und in Syrien politisch, aber auch militärisch zu operieren. Und auch das türkische Selbstverständnis, nicht nur des Osmanischen Reiches, sondern auch der türkischen Republik, ist, dass Mossul ja eigentlich eine alte osmanisch-türkische Provinzhauptstadt gewesen ist und, dass es völlig selbstverständlich ist, dass man in dieser Gegend, quasi im Vorgarten der Türkei, auch politischen, wirtschaftlichen und unter Umständen auch militärischen Einfluss ausübt. Deswegen kann man sich die Region nicht erklären, ohne die konstanten türkischen Interventionen und Versuche, auch die irakische Politik mitzuprägen und mitzubestimmen. Auch der Konflikt in Syrien spielt immer wieder rein. Und die Bemühungen der irakischen Regierung, derzeit nicht nur dafür zu sorgen, dass die Grenze etwas stabilisiert und sicherer wird, sondern auch, dass man selber in geopolitische Konflikte wie Syrien, Gaza nicht weiter hineingezogen wird, das ist auch ein ganz wichtiger Faktor. Gleichzeitig sind die Iraker bemüht, und das halte ich auch für glaubwürdig, zumindest was die Haltung der derzeitigen Regierung Al-Sudani betrifft, einigermaßen multi-vektoral Stabilität dadurch herbeizuführen, dass man nicht nur versucht, den Einfluss externer Akteure im Irak zu begrenzen und mehr Herr des eigenen Schicksals zu werden, sondern, dass man auch versucht, vermittelnd zwischen den anderen geopolitischen Akteuren tätig zu werden, zum Beispiel Saudi-Arabien und Iran, die in scharfer Konkurrenz stehen; dass man sich stärker in die Golfregion orientiert, weil man sieht, dass diese Region nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, auch geopolitisch in den letzten Jahren erfolgreich geworden ist, und etwas weniger auf die eigene politische Geschichte schaut, sondern durchaus auch sieht, welche Lektionen kann man von den Nachbarn lernen? Dabei hat der Irak den Vorteil, aber auch das entscheidende Problem, dass es eben eine parlamentarische Demokratie ist, ein parlamentarisches System, in dem die Machthaber nicht sagen können, wir bauen jetzt ein saudisches Königreich oder ein föderales Emirat nach dem Vorbild der Vereinigten Arabischen Emirate auf, sondern wir fühlen uns dem – von starkem Populismus geprägten – parlamentarischen System verpflichtet und halten auch daran fest. Während der Parlamentarismus einerseits in weiten Teilen der Bevölkerung diskreditiert ist und viele nach einem Präsidentsystem rufen, ist man tendenziell trotzdem der Überzeugung, dass demokratische Systeme und demokratische Prozesse wichtig und die einzige Quelle der Legitimität sind. Die Frage ist, wer welche Teile der Bevölkerung vertritt und wer das Volk auf

seiner Seite hat. Und um das zu erreichen, versuchen verschiedenste Politiker mit populistischen Programmen, die zum Teil innenpolitisch und außenpolitisch schädlich sind, einen großen Auftritt hinzulegen, Aufmerksamkeit zu generieren und auch manchmal parlamentarische Beschlüsse und Gesetze zu verabschieden, die eigentlich dem irakischen, internationalen und auch sicherheitspolitischen Interesse zuwiderlaufen, weil man denkt, man hat das Volk auf seiner Seite. Grundsätzlich finde ich es beachtlich, dass die irakische Regierung Al-Sudani – das ist auch meine Erfahrung – es in den letzten zwölf Monaten geschafft hat, eine gewisse Sicherheit, ein gewisses Sicherheitsgefühl herzustellen beziehungsweise Teile der Plätze in den großen Städten, aber auch in den Überlandverbindungen so zu gestalten, dass die Menschen sich dort wieder frei bewegen können, dass die Menschen auch abends und nachts wieder unterwegs sind.

Sicherheitsempfinden und Rechtssicherheit

Also das allgemeine Sicherheitsgefühl hat sich verbessert. Das ist ironischerweise deshalb so, weil die Regierung Al-Sudani aus diesem Milieu kommt, das für einen großen Teil der Unsicherheiten, des Unsicherheitsgefühls verantwortlich gewesen ist. Al-Sudani ist ein Ministerpräsident, der, als erster eigentlich seit dem Sturz des Saddam-Regimes und seit der Invasion der internationalen Koalitionskräfte, nicht aus dem Exil gekommen ist, sondern wirklich sein Leben im Irak verbracht hat. Al-Sudani kommt aus dem Milieu, das zum Teil verantwortlich für die Bereitstellung und den Aufbau der „schiitischen Milizen“, der sogenannten Volksmobilisierungseinheiten, war. Ihm ist es aber gelungen, obwohl er aus diesem Milieu kommt, gerade diese Kräfte davon zu überzeugen, dass es jetzt eigentlich die Stunde ist, ruhig zu halten und ihr öffentliches Profil etwas neu zu justieren. Dahingehend konnte er auch diese Kräfte davon überzeugen, sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Zum Beispiel in Bagdad – ich bin einmal im Jahr mindestens im Irak und natürlich immer in Bagdad, wo ich meine Reisen starte – sah man vor zwei, drei Jahren noch überall die Fahnen der Milizen, der paramilitärischen Kräfte, die von den nicht-schiitischen Bevölkerungsteilen, aber durchaus auch von schiitischen Bevölkerungsteilen, als Ausdruck schiitischer Dominanz, schiitischer Hegemonie wahrgenommen wurden und die sich recht offen in alle möglichen Sicherheitsbelange, auch die wirtschaftliche Kontrolle usw. eingemischt haben. Das tun sie zwar zum Teil immer noch, aber in anderem Gewand und zumindest nach außen ist deren Präsenz zurückgedrängt worden – was auch das Vertrauen internationaler Akteure, internationaler Investoren, sogar auch von Touristen gestärkt hat, dass man wieder in den Irak fahren, dort Geschäfte machen und möglicherweise auch längerfristige politische Kontakte knüpfen kann.

Eine große Gefahr ist m.E. übrigens die aggressive Instrumentalisierung der Justiz und der Instrumente des irakischen Staats für politische Zwecke. Der Mangel an Rechtssicherheit ist eines der ganz großen Defizite im Irak. Das heißt, Sie haben theoretisch Institutionen, vor denen sie klagen können und vor denen Sie Ihre Interessen vertreten können, aber aufgrund einer Vielzahl von politischer Instrumentalisierung, aber auch Korruption und Ineffizienz können Sie nicht darauf vertrauen, dass die Institutionen des Staates Ihnen tatsächlich dabei behilflich sind, obwohl es nach Gesetzeslage so wäre. Der andere Punkt ist, dass insbesondere das Verfassungsgericht und andere Institutionen der judikativen Gewalt von politischen Parteien und Kräften benutzt werden, um andere zu delegitimieren, um sich politische Vorteile zu schaffen oder um in politischen Konflikten zuungunsten des jeweiligen Gegners Urteile zu

treffen. Diese Spannungen sind im Irak in den letzten Jahren heftig zutage getreten und haben auch wiederum dazu geführt, dass die Situation nicht immer sicherer und stabiler, sondern auf der politischen Ebene sogar instabiler geworden ist. Das ist ein ganz großes Problem, aber ich glaube, das ist ein Problem, an dem man arbeiten kann und das auch grundsätzlich lösbar ist. Nämlich, wenn man es schafft, die Gesetzeslage und die Verfassungslage mit einem zusätzlichen Mechanismus auszustatten, in dem die politischen Parteien und die Teilnehmer an der Politik sich „supra-konstitutionell“, also über die Verfassung hinaus, miteinander auf bestimmte Verfahren einigen. Das ist zum Beispiel eines der Ziele, die die Initiative Nationaler Dialog verfolgt, in der ich auch derzeit ehrenamtlich beratend tätig bin.

Minderheiten und Diskriminierung

Frau Rudolf hat eben über die schwierige Gemengelage in der Provinz Ninawa gesprochen und die Überlagerung von ethnischen, konfessionellen, politischen und territorialen Konflikten, die sich dort niederschlagen. Die Tatsache, dass Bevölkerungsgruppen politisch instrumentalisiert werden, dass auch die konfessionelle und ethnische Identität politisiert und als politisches Instrument verwendet wird, um sich einerseits Legitimation zu verschaffen, auf der anderen Seite aber auch, um andere zu delegitimieren, führt dazu, dass viele Menschen im Irak eine Diskriminierungserfahrung mit sich bringen. Das Argument, dass mir etwas widerfahren ist, weil ich Angehöriger einer bestimmten ethnischen oder konfessionellen religiösen Gruppe bin, ist ein sehr weit verbreitetes, das auch oft schwierig zu entkräften ist, weil sich immer sehr viele Beispiele dafür finden lassen, dass es tatsächlich eine Ursache oder zumindest ein Anlass für eine Diskriminierung gewesen ist, dass ein Mensch einer bestimmten Gruppe angehört. Diese Diskriminierungserfahrung wird im Irak als Mathlumiya bezeichnet. Jeder hat seine Mathlumiya, das heißt, jeder fühlt sich irgendwie als Unterdrückter. Und falls ich das so pauschal und anekdotisch sagen kann - ich finde es auch immer wieder beachtlich, wie die politische herrschende Klasse, nämlich die Vertreter der schiitischen Parteien, immer wieder ihre eigene Diskriminierungserfahrung mit in die Politik einbringen. Sie sagen: „Wir Schiiten wurden ja immer diskriminiert und eigentlich werden wir bis heute noch diskriminiert“, obwohl die Schiiten de facto die Bevölkerungsmehrheit stellen und auch diejenigen sind, die im Irak die führenden Parteien stellen.

Die Überzeugung, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen und dass man jetzt endlich in der Situation ist, für alles das, was einem in den letzten Jahren widerfahren ist, Vergeltung zu üben beziehungsweise Genugtuung zu bekommen, das ist in der Politik eine toxische Substanz. Als der IS 2014 insbesondere die Provinz Ninawa und angrenzende Teile, die Provinz Salah Al-Din, also große Teile des Irak eingenommen hat, kamen diese alten Traumata wieder. Sie erinnern sich wahrscheinlich noch an das Camp-Speicher-Massaker, als der IS mehrere tausend Kadetten der irakischen Armee gefangen und dort massenhaft exekutiert und die Leichname in den Tigris geworfen hat. Diese Kadetten waren teils Schiiten und kamen aus den südlichen, mehrheitlich schiitischen Provinzen des Irak. Und auch das wurde als ein konfessionelles Massaker wahrgenommen und als der Anlass für die Gründung der sogenannten Volksmobilisierungseinheiten und überhaupt der Mobilisierung von paramilitärischen Kräften im Kampf gegen den IS, der de facto nicht nur ein Kampf gegen den IS gewesen ist, sondern auch ein Kampf, um an der sunnitischen Bevölkerung dieser Gegenden Vergeltung zu üben. Das ist, denke ich, ganz wichtig und spielt auch immer mit, wenn man über

Diskriminierungserfahrungen und über die Frage redet, warum eine bestimmte Gruppe, ein bestimmtes Individuum auf die eine Art und Weise behandelt wird. Wer kommt zu seinen Rechten? Wem gelingt es, seinen Besitz zurückzuerhalten? Wer hat wirtschaftliche und politische Aufstiegschancen?

Das Ganze steht in einem gewissen Widerspruch zu einem Diskurs, der immer mehr en vogue geworden ist. Das ist die Wiederentdeckung der Minderheiten und die Wiederentdeckung der kulturellen und religiösen Vielfalt im Irak. Man hat nämlich in den letzten Jahren – und das ist insbesondere unter der Vorgängerregierung Al-Kadhimi geschehen – mehrere Schritte unternommen, um die kulturelle und religiöse Diversität des Landes nicht als Bürde, sondern als Vorteil zu präsentieren. Es ist tatsächlich auch zu konkreten Schritten gekommen, wie zum Beispiel die Einführung von Weihnachten als offizieller Feiertag im Irak, der Besuch von Papst Franziskus, der sehr viel Aufmerksamkeit und auch Stolz in Teilen des Iraks gezeitigt hat. Man sieht in den Fernsehsendungen zum Beispiel immer mehr Programme über die verschiedenen Minderheiten, insbesondere über die Mandäer und über die Christen. Es gibt also ein stärkeres Bewusstsein. Auch in den schulischen Curricula scheint sich das derzeit etwas stärker niederzuschlagen, dass der Irak ein multi-ethnisches und multi-religiöses Land ist und, dass das unter dem Dach der gemeinsamen irakischen Nation auch durchaus ein Vorteil sein kann und nicht nur die Quelle von Streit und Konflikten. Das war vorher nicht der Fall. Man hatte zwar seitens der Politiker immer wieder betont, dass man mit allen Gemeinschaften zusammenleben möchte und mit niemandem Probleme hat, aber das waren vor allem schöne Worte und es gab eigentlich nicht wirklich konkrete Beispiele dafür, dass das auch gelingt und gefördert wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich gerne kurz auf die christlichen Gemeinschaften eingehen. Wir haben das jetzt im Rahmen der demografischen Konflikte zwar schon skizziert, aber es gab in diesem Jahr im Sommer einen Vorfall, der etwas dem widerspricht, was ich gerade gesagt habe, nämlich, dass die irakische Regierung Wert darauf legt, dass sie als Unterstützerin und Förderin der kulturellen und religiösen Diversität des Landes anerkannt wird. Das war die de facto Entmachtung des Kardinals der katholisch-chaldäischen Kirche, Kardinal Sako, der ein im Westen, insbesondere im Vatikan, hervorragend vernetzter Mann ist: Er nimmt an der Papstwahl teil und die chaldäische Kirche ist mit der katholischen Kirche unierte und assoziiert. Im Sommer hat der irakische Staatspräsident dem Kardinal Sako de facto die staatliche Anerkennung als Vertreter der chaldäischen Christen im Irak, mit der sämtliche Privilegien eines Staatsamtes versehen sind, aufgehoben. Das bezieht sich auf ein Dekret, das 2013 erlassen wurde, und dieses Dekret wurde widerrufen, weil dem angeblich die Verfassungsgrundlage fehlte. Das wurde interpretiert als ein Schlag zur Diskriminierung der Christen, insbesondere der chaldäischen Christen im Land. Kardinal Sako hat dagegen natürlich heftigen Widerspruch eingelegt. Er hat auch angekündigt, seinen Sitz in die Autonome Region Kurdistan zu verlegen. Frau Rudolf hat eben einen christlichen Milizenführer angesprochen, Rayan Al-Kaldani, der Parlamentssitze erobert hat und sich mit verschiedenen schiitischen Parteiführern assoziiert hat. Der Fall Sako wurde auch interpretiert als Folge eines politischen Konflikts zwischen dieser politischen Gruppe, die für sich in Anspruch nimmt, die Christen zu repräsentieren und der Kirche. Es wird uns jetzt die Zeit fehlen, das zu diskutieren. Wichtig ist nur, der irakische Staat und die irakischen staatlichen Behörden berufen sich darauf, dass das eine reine Verfassungsfrage gewesen wäre und, dass es nicht bedeuten würde, dass man die

Christen vertreiben möchte oder, dass man ihnen bestimmte Privilegien aberkennt. Aber man hat gesagt, die Tatsache, dass dieser Kardinal de facto ein Staatsamt bekleidet, ist nicht verfassungsgemäß. Trotzdem hat dieser Vorfall für große Verstimmung gesorgt, weil man immer davon ausgeht, wenn so etwas passiert, dann ist das mit einer politischen Absicht verbunden.

Ein ähnlicher Fall, etwas niedriger aufgehängt: in den letzten Monaten wurde ein Gesetz ins Parlament eingebracht, demzufolge harter Alkohol, also Whiskey usw. im Irak verboten werden. Das hat man auch als eine Maßnahme zur Diskriminierung der ethnisch-religiösen Minderheiten interpretiert und einen Schritt der Regierung Al-Sudani hin zum islamischen Bekenntnis, zur Islamisierung des Staates, weg von der liberalen Kultur. Whiskey ist im Irak ein sehr weitverbreitetes Getränk in allen Konfessionsgemeinschaften. Es ist nicht so, dass Whiskey dort verboten wurde, aber was ist passiert? Die Muslime dürfen laut dem irakischen Privatrecht keinen Alkohol kaufen oder verkaufen. Das ist Teil des Kompromisses der Scharia-Elemente im irakischen Recht. Also gab es Sondergenehmigungen für Vertreter anderer Konfessionsgemeinschaften, namentlich etwa der Jesiden, die in Bagdad den Handel mit Whiskey und hartem Alkohol kontrollieren. Dagegen wurde geklagt, weil die muslimischen oder einige muslimische Politiker gesagt haben: „Das ist ein Sonderrecht und letztendlich eine Diskriminierung der anderen, dass diese Leute Alkohol verkaufen können und damit Geld verdienen können und wir nicht.“ Und weil man nicht sagen konnte, „dann erlauben wir jetzt den Muslimen auch den Verkauf, Konsum oder den Erwerb von Alkohol“, weil das wäre wiederum gegen die Bestimmungen der Scharia, hat man auch den anderen zumindest gesetzlich das gleiche verboten, weil man der Mehrheit nicht erlauben konnte, was man der Minderheit erlaubt. Also hat man es beiden verboten. De facto kann man im Duty Free Shop in Bagdad dennoch Whiskey kaufen.

Also insofern sehen Sie, es gibt eine große Ambivalenz, was die Gesetzes- und Rechtslage anbetrifft und die Anwendung des Gesetzes. Das kann manchmal erheitern und manchmal auch dramatische Folgen zeitigen. Ich würde das vielleicht manchmal positiv als Rechtspluralität betrachten, aber es herrscht mitunter ein heilloses Chaos, was Rechtsnormen betrifft. Vor allem habe ich nicht den Eindruck, dass irgendjemand, auch Juristen, verstehen, wie die Rechtslage im Irak eigentlich ist – sei es auf verfassungsrechtlicher Ebene, was den Föderalismus anbetrifft und die Kompetenzen der Provinzen, sei es, was die parlamentarischen Abläufe betrifft, zum Beispiel bei der Präsidentenwahl, Aspekte, die ausgespart wurden, die vielleicht nicht genau festgelegt wurden, sei es auch, was Investitionen betrifft, was privatrechtliche Bestimmungen betrifft. Es ist wie eine Zwiebel, wo manchmal osmanisches Recht, Recht der Mandatszeit, Recht der verschiedenen irakischen Republiken, Recht der Zeit nach der US-Invasion sich übereinander lagern. Letztendlich ist es sehr leicht, ständig mit irgendeinem Paragraphen oder irgendeiner Bestimmung zu kommen, um die eigenen Interessen zu vertreten oder, um den entsprechenden Gegner im geschäftlichen oder politischen Bereich zu entmachten, zu diskreditieren, Schaden zuzufügen. Und da ist dann die Rechtsprechung gefragt. Und die gilt im Irak in weiten Teilen nicht als transparent und neutral. Obwohl es im Irak hervorragende Juristen gibt, ist man tatsächlich noch mehr als in anderen Ländern der Gnade Gottes oder der Gnade eines korrupten Richters ausgeliefert. Das ist ein ganz großes Problem für die Glaubwürdigkeit des Staates und die Glaubwürdigkeit der Institutionen im Land.

Inna Rudolf: Ja, ich stimme dir leider zu. Ich erkenne bereits die etablierten Machtteilungsmechanismen unter dem Muhasasa-Quotensystem, das in gewissem Sinne als "Kuchenaufteilung" übersetzt werden kann, bei der jede Seite Anspruch auf einen Teil des Kuchens erhebt. Diejenigen, die diskriminiert sind, suchen strategische Verbündete, um ebenfalls Anteile zu erhalten. Rechtsstaatlichkeit wurde meiner Ansicht nach bisher sehr großzügig und innovativ interpretiert und galt eher als Deckmantel und Legitimierung für wirtschaftliche, politische und letztlich sehr partikularistische Interessen. Dies wurde auch nach den letzten Wahlen deutlich. Ein Grund, warum die politische Bewegung des Klerikers Muqtada Al-Sadr tatsächlich so erfolgreich war, lag nicht unbedingt darin, dass seine Anhängerschaft extrem gewachsen war, sondern darin, dass sie frühzeitig in die Gesetzesänderung zum Wahlgesetz investiert hatten. Sie entwickelten daraufhin eine App, die man ganz normal auf Android oder Apple herunterladen konnte. Dort erhielt man sehr genaue praktische Anweisungen, zum Beispiel: Wer ist mein Kandidat in meinem Bezirk und wie kann ich die Erfolgchancen dieser Partei am besten erhöhen? Die Wichtigkeit dieser Gesetzesänderung hatten die anderen schiitischen Kräfte, vor allem diejenigen mit starken Verbindungen zu den Volksmobilisierungseinheiten, nicht so gründlich studiert oder nicht so gut wahrgenommen. Sie brachten mehrere Kandidaten von derselben Koalition im gleichen Bezirk nach vorne, was dazu führte, dass der Bezirk an einen Kandidaten von Al-Sadr ging. In der Folge kam es zu sehr interessanten Demonstrationen, in denen es tatsächlich darum ging, welche Opfergeschichte wettbewerbsfähiger ist. Die Parteien, die bei den Wahlen verloren hatten und gegen die Wahlergebnisse protestierten, präsentierten teilweise Bilder und Symbole von der historischen Schlacht in Karbala mit Flaggen des schiitischen Imam Hussein und versuchten, ihre Opferrolle in einer Art mit dem Märtyrertod des schiitischen Imam Hussein gleichzusetzen.

Was sie jedoch danach erkannten, war, dass sie, um tatsächlich die Macht zu ergreifen, das Recht auf ihrer Seite benötigen. Was dann geschah, war eine Neuinterpretation bestimmter Passagen der irakischen Verfassung. Auf diese Weise wurde so viel Druck auf die Gewinnerseite von Al-Sadr ausgeübt, dass sie nicht in der Lage waren, einen Parlamentssprecher zu ernennen. Durch vollkommen legale Mechanismen wurde Al-Sadr in eine Position gedrängt, in der er all seinen Anhängern und Parlamentsmitgliedern befahl, zurückzutreten. Am Ende haben wir jetzt eine Regierung, die nicht unbedingt aus den Ergebnissen der Wahlen hervorgegangen ist. Unabhängig von den Absichten dieser Regierung müssen wir uns Gedanken darüber machen, welche Auswirkungen dies auf die lokale Bevölkerung hat. Wie viel Vertrauen bleibt in Wahlen und in eine parlamentarische Demokratie, wenn sie nichts verändern können, weil ihre Kandidaten nicht diejenigen sind, die die Regierung tatsächlich bilden? Was wir hier beobachten, ist, dass Rechtsmechanismen und Gesetzeslücken äußerst kreativ genutzt werden, um solche, sehr lokal verankerte, Interessen zu verteidigen. Unter dieser Regierung wurde beispielsweise auf rechtlich saubere Weise ein staatliches öffentliches Unternehmen unter Autorität der Volksmobilisierungseinheiten geschaffen. Diese paramilitärischen Einheiten, die über den Sicherheitssektor hinaus Ambitionen haben, haben nun den Luxus, in bestimmten Gebieten des Iraks zu investieren, sei es in humanitäre oder Infrastrukturprojekte. Ihr letztes Projekt im Bereich Klimawandelbekämpfung umfasste die Ankündigung, etwa eine Million Palmen mit staatlichen Mitteln zu pflanzen. Das bedeutet, dass der Staat Geld bereitstellt, damit bestimmte paramilitärische Einheiten Bonuspunkte für sich beanspruchen

können. All dies ist durch rechtliche Mechanismen abgedeckt, und man kann hier also vor Gericht nicht klagen.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Muhasasa-Verteilung von Ressourcen verschiedene Akteure dazu motiviert, ihre Patronage-Netzwerke zu erweitern. Die Mentalität, dass jeder irakische Bürger eine gewisse Einbindung in ein bestimmtes Patronage-Netzwerk benötigt, um bestimmte Urkunden zu erhalten oder einen bestimmten Grad an Bewegungsfreiheit zu erlangen, ist tief verwurzelt. Dies führt dazu, dass die Vielfalt der verschiedenen Konfessionen und Ethnien nicht nur als Vorteil für den Staat betrachtet wird, sondern auch als eine Art Währung. Diese Währung wird sowohl von staatlichen als auch nichtstaatlichen oder parastaatlichen Akteuren genutzt. Ein Beispiel verdeutlicht dies: Obwohl sich die Iraker in einer geschlossenen Front gegen den Konfessionalismus stellen, haben Akteure aus bestimmten Milieus großes Interesse daran, Minderheiten oder Vertreter bestimmter Minderheiten, insbesondere kleinere und schwächere, in ihren Reihen zu haben. Die Volksmobilisierungseinheiten sind nicht rein schiitisch; es gibt etwa 30.000/40.000 sunnitische Kämpfer, viele davon mit tribaler Zugehörigkeit. Wie bereits erwähnt gibt es auch turkmenische, christliche, Schabak- und sogar jesidische Milizen. Vor den letzten Eskalationen in Kirkuk wurde die Idee diskutiert, eine kurdische Einheit im Rahmen der Volksmobilisierungseinheiten zu schaffen. Die schiitischen Einheiten waren bereits erfolgreich darin, Faili-Kurden, die sich in der kurdischen Region als mehrheitlich schiitische Gruppierung diskriminiert fühlen, in ihre Reihen zu ziehen. Dadurch entstand eine strategische Allianz mit den Volksmobilisierungseinheiten. Dies verdeutlicht, dass die Konfliktlinien weit über konfessionelle oder ethnische Spannungen hinausgehen. Oft geht es nicht so sehr um einen Konflikt zwischen Schabak und Christen, wie zu Beginn erwähnt, sondern vielmehr um Konflikte innerhalb der Christen oder Schabak. Zum Beispiel zwischen Christen, die mit dem Milizenführer Al-Kaldani verbunden sind und es dadurch ins Parlament geschafft haben, und solchen, die nicht mit seinem Verhalten in der Ninawa-Ebene einverstanden sind. Ähnliches gilt für Schabak und sogar für bestimmte sunnitische Stämme, wo es innerhalb des Stammes "Schujuch Al-Dawla" oder "Scheichs des Staates" gibt - verbündete Scheichs, die in strategischer Allianz mit einflussreichen, oft schiitischen oder sunnitischen Parteien stehen und sich dadurch gewisse Privilegien erhofft haben.

Das soll verdeutlichen, dass das Problem, das wir im Irak oft erleben, vielleicht auch ein gewisses Potenzial zur Versöhnung in sich birgt. Es handelt sich um die geteilte Frustration über die herrschenden Eliten und das sogenannte Wukala-System. Wukala sind Vertreter, die im Grunde in die Machtstrukturen nach Bagdad geschickt werden, um bestimmte Interessen zu vertreten. Im Gegenzug werden ihnen mehr Ressourcen eingeräumt, und sie erweitern ihre eigenen Patronage-Netzwerke. Dieses System kann sehr entmutigend wirken, insbesondere wenn man nicht Teil davon ist und mühsam daran arbeitet, Ressourcen für Friedensprojekte, Dialogprojekte oder Infrastrukturprojekte in seinem Bezirk zu mobilisieren. Die Frustration erstreckt sich oft über die irakische Regierung hinaus und richtet sich auch gegen internationale Akteure. Denn diesen wird vorgeworfen, trotz guter Absichten oder sogar aufgrund dieser guten Absichten, mit bestimmten Machthabern in den verschiedenen Regionen und auch in Bagdad eine Art Einigung zu treffen. Diese Bemühungen zur Friedensbildung, Konfliktmanagement oder Stabilisierung werden dann als verstärkende Elemente des

Muhasasa-Systems wahrgenommen. Es wird argumentiert, dass sie die gleichen Machthaber und deren Protegés weiter stärken und deren Macht sowie Einfluss weiter zementieren.

Daniel Gerlach: Es ist vielleicht etwas weit hergeholt, aber Sie sehen bei uns das Phänomen, dass wirtschaftliche Unternehmen oder Organisationen, um auszudrücken, dass sie zeitgemäß sind und, dass sie die Gesellschaft abbilden, auf „Diversity“ setzen und dann in ihren Aufsichtsräten immer dafür sorgen, dass ein entsprechendes Geschlechterverhältnis vorhanden ist, aber auch sogenannte People of Color vertreten sind. Dieses Konzept von Diversität ist sehr weitverbreitet im Irak, also dass man über symbolische Nominierungen von Vertretern von Minderheiten sich selber Legitimität verschafft und sagt: „Schaut mal, uns kann keiner vorwerfen, wir wären nur schiitisch oder wir wären sunnitisch, weil bei uns ist auch ein Christ und bei uns ist auch eine Jesidin.“ Und man findet diese Leute natürlich immer, die auch bereit sind, entsprechend die „Diversity Credibility“ für verschiedene Parteien und Organisationen zu geben.

Q&A

Gibt es in der Region Ninawa Kontrollpunkte schiitischer Milizen und ist davon auszugehen, dass Personen, denen ein Bezug zum IS unterstellt wird, festgenommen werden? Fallen Familienmitglieder im Rahmen einer potenziellen Sippenhaftung etwaig auch darunter?

Inna Rudolf: Es ist nicht so, dass man einfach durch den Irak fährt und wahllose Kontrollpunkte von irgendwelchen Milizen sieht. Die Kontrollpunkte stellen vielmehr eine präzise Illustration des Machtgefüges im irakischen Staat dar. An denselben Kontrollpunkten trifft man Mitglieder der Volksmobilisierungseinheiten, einer ethnischen Miliz, sowie irakische Sicherheitskräfte, sei es von der Armee oder der föderalen Polizei (Dachiliya). Diese Akteure haben untereinander eine Art Einverständnis darüber, wie sie agieren sollen. Dies betrifft die Ausübung von Kontrolle und die Besteuerung oder Nichtbesteuerung bestimmter Güter. Insbesondere in Ninawa haben die Volksmobilisierungseinheiten ein klares Mandat, gegen IS-Zellen vorzugehen. Wenn man jedoch unglücklicherweise in Verdacht gerät, bleibt einem nur die Hoffnung auf ein faires Verfahren vor der irakischen Justiz. Obwohl dies nicht mein Fachgebiet ist, gibt es besorgniserregende Studien und Berichte über den Verlauf von Prozessen, insbesondere wenn der Verdacht besteht, den IS unterstützt zu haben.

Das führt dazu, dass sunnitische arabische Einwohner aus Mossul mittlerweile so verzweifelt sind, dass sie lautstark dazu aufrufen, Massengräber öffentlich zu machen – genauer gesagt, die DNA von Leichen in Massengräbern bekannt zu geben. Dies dient dazu, zu beweisen und nach außen zu zeigen, wie viele sunnitische arabische Einwohner ebenfalls Opfer des IS waren. Die Tatsache, dass sie in ihrer Verzweiflung und Not sogar bereit sind, durch die DNA von Leichen ihre eigenen Traumata unter dem IS zu belegen, gibt uns tiefe Einblicke in die Art der Diskriminierung und Stigmatisierung, die sie selbst erfahren. Ich habe keine genauen Daten darüber, wie viele Verdächtige oder Familienangehörige tatsächlich durch einen Gerichtsprozess gegangen sind. Was ich jedoch sagen kann, ist, dass es viele Vorurteile gegenüber den Familienangehörigen gibt. Insbesondere Ehefrauen werden oft damit konfrontiert, dass sie nicht vollständig unwissend über die Machenschaften ihres Mannes waren und dass sie bestimmte Dinge billigend in Kauf genommen haben. Man wirft ihnen vor,

auch irgendwie davon profitiert zu haben, dass ihr Mann ein IS-Befehlshaber oder in einer höheren Position beim IS war. In Bezug auf die Kinder gibt es durchaus kritische Fragen: Inwieweit wurden diese Kinder bereits radikalisiert? Angesichts der begrenzten Optionen, an Therapie teilzunehmen oder ihre traumatische Familiengeschichte wirklich in ärztlicher Begleitung zu verarbeiten – beispielsweise wenn der Vater beim IS war und getötet wurde – sind solche Fragen durchaus legitim. Wer kümmert sich um diese Kinder? Inwiefern kann der irakische Staat garantieren, dass Jugendliche, die in Flüchtlingslagern aufgewachsen sind oder im schlimmsten Fall in Al-Hol⁶, wo berechtigte Sorgen bestehen, dass IS-Gedankengut zumindest sehr einflussreich ist, keine Racheakte verüben werden?

Daniel Gerlach: Ja, vielleicht kann ich noch ergänzend etwas sagen. Einerseits: die Checkpoints; auf der anderen Seite: Was passiert, wenn ein Verdacht aufkommt gegen eine Person oder gegen eine Familie? Der Irak ist ja ein Land, das zwar viele Außengrenzen hat, dennoch ist das Grenzmanagement sehr uneinheitlich. Es kommt drauf an, über welche Grenze Sie kommen, ob Sie über einen Flughafen kommen, und de facto gibt es ja auch eine Grenze zwischen der Autonomieregion beziehungsweise den Gebieten, die von den Kräften der Autonomieregierung kontrolliert werden, die nicht deckungsgleich sind mit den Provinzen der Autonomieregion und dem Rest des irakischen Staates. Wenn man dort über die Grenze fährt – wenn man zum Beispiel von Erbil nach Mossul fährt – dann ist das sehr interessant, auch noch mal anders als in anderen Teilen der Provinz. Da haben Sie auf der einen Seite die Peschmerga beziehungsweise den Geheimdienst der Peschmerga, der die Ausweise kontrolliert und Ihnen auch eine Genehmigung gibt, das Gebiet zu verlassen beziehungsweise zu betreten; Sie haben die paramilitärischen Volksmobilisierungseinheiten, die in letzter Zeit etwas weniger in Erscheinung getreten sind; und Sie haben verschiedene Organe des irakischen Staates, unter anderem die Armee, die föderale Polizei, aber auch den Geheimdienst, der allgemein als „Dschihaz“ bezeichnet wird, also der allgemeine Nachrichtendienst. Die meisten Informationen, die gesammelt wurden über Personen, über IS-Angehörige, oder heute noch über Leute, die in irgendeiner Form terroristisch oder aufständisch aktiv sind, laufen beim irakischen Geheimdienst zusammen, nicht bei den Polizeibehörden. Und deswegen ist es extrem schwierig. Sie können, wenn Sie einen Verdachtsfall haben, dass jemand verhaftet wird oder verhört wird, als Anwalt nicht einfach hingehen und sagen: „Ich möchte jetzt Akteneinsicht haben und möchte wissen, was da eigentlich gegen meinen Mandanten vorliegt.“ Sondern, Sie bekommen mitunter die Antwort: „Das ist eine Frage von nationaler Sicherheit, das sind Geheimdienstinformationen, und Geheimdienstinformationen können wir nicht vorlegen.“ Es gibt durchaus ein Bewusstsein für dieses Problem, dass nämlich sehr oft Sippenhaft oder solche Situationen zu Konflikten und interkonfessionellen und interethnischen Konflikten führen. Und dafür hat sowohl Al-Sudani, der Ministerpräsident bei sich eine Stelle im Geheimdienst eingerichtet, die sich um solche ethnokonfessionellen Fragen kümmert und im Grunde eine Art Frühwarnsystem für Fälle von Vergeltung, Rache oder Spannungen zwischen den Gemeinschaften aufbauen soll. Aber auch der Nationale Sicherheitsberater Qasim Al-Aradschi hat dafür eine eigene Kommission eingerichtet, die sich um solche Fälle kümmert. Ich habe den

⁶ Internierungslager für Familienangehörige von IS-Kämpfern in Nordostsyrien, Anm. ACCORD.

Eindruck, es gibt auf der einen Seite die willkürlichen Verhaftungen und Vergeltungsfälle – auch Erpressungen gibt es. Auf der anderen Seite habe ich aber schon den Eindruck, dass bei der Regierung ein gewisses Bewusstsein dafür da ist, dass man, nach dem Sieg über den IS, jetzt nicht 20 % der irakischen Bevölkerung in Mithaftung nehmen kann und ihnen quasi mit Konsequenzen dafür drohen kann, dass sie den IS toleriert haben, oder in dem einen oder anderen Fall andere aufständische Gruppen nicht angezeigt haben, oder sich anderer Vergehen haben schuldig werden lassen. Insofern gibt es schon ein Bewusstsein dafür, dass man nicht einen Teil der Bevölkerung ins Gefängnis sperren kann. Wenn allerdings gegen jemanden Anklage erhoben wird, dann können die Verfahren, zum großen Bedenken auch internationaler Beobachter, sehr schnell gehen. Auch Todesurteile wurden in den letzten Jahren sehr schnell gefällt. Das hat sich in den letzten anderthalb bis zwei Jahren wieder etwas verbessert. Aber es ist sehr schwierig, da mit Sicherheitsdokumenten und mit Geheimdienstinformationen dann auch Anklagen unterfüttert werden, Angeklagte zu verteidigen.

Hat die irakische Zentralregierung irgendeine Form der Autorität in der Autonomen Region Kurdistan?

Darauf habe ich gerade schon ein bisschen Bezug genommen, was die unterschiedliche Kontrolle betrifft. Das ist eine juristische Frage, die ich natürlich juristisch nicht beantworten kann. Es ist nur de facto so, dass die politische Situation in der kurdischen Autonomieregion und im restlichen Irak sehr unterschiedlich ist und dass auch die Exekutivgewalt eine andere ist. Die Rechtslage ist verwandt. Es gibt auch eigene Bestimmungen in der Autonomieregion, aber wer de facto die Exekutivgewalt hat oder befugt ist, Menschen zu verhören, festzunehmen, Prozesse zu führen usw., also wer unter Umständen ein Opfer von staatlicher Verfolgung sein kann, das ist in diesem föderalen System unterschiedlich – de facto. Darauf ist auch immer wieder hinzuweisen, dass die Lebensrealität, sowohl die juristische, aber auch die Sicherheitslage, in den verschiedenen Gebieten eben verschieden ist. Insofern könnte man möglicherweise de facto von zwei Herkunftsstaaten sprechen, aber juristisch kann ich das nicht beurteilen.

Bei der Frage ging es vielleicht auch um Zugriffsmöglichkeiten. Also jemand, der sich der zentralstaatlichen Autorität entziehen möchte und wo man dann eine innerstaatliche Fluchalternative in die Autonome Region Kurdistan in Betracht zieht: Würde auf diese Person nicht mehr zugegriffen werden können seitens der Bagdader Regierung?

Daniel Gerlach: Ja, das hängt aber ganz eindeutig von dem politischen Wohlgefallen der Entscheidungsträger ab. Da gibt es, glaube ich, keine rechtssichere Entscheidung. Das ist die Frage, ob das dann auch de facto überhaupt umsetzbar ist, denn Sie können nicht einfach nach Erbil gehen und sagen: „Ich siedle mich jetzt hier an.“ Also auch, um sich dort niederzulassen, brauchen Sie eine Genehmigung, dann brauchen Sie auch eine Sicherheitsüberprüfung. Man kann nicht einfach von einem Teil in den anderen ziehen.

Wird sunnitischen Araber-innen, die 2014-2015 Ninawa beziehungsweise den Irak verlassen haben und aus dem Ausland zurückkehren, eine IS-Zugehörigkeit unterstellt? Wie werden diese Personen wahrgenommen?

Inna Rudolf: Nein, ganz im Gegenteil. Solche Personen werden tatsächlich respektiert und stehen in der Regel nicht unter Verdacht. In den Jahren 2014 und 2015 haben viele von ihnen die Gelegenheit ergriffen, die Stadt zu verlassen und zu entkommen. Offensichtlich waren das nicht diejenigen, die sich unter der Kontrolle des IS etwas erhofft haben. Diejenigen, die zurückgekehrt sind – ich habe auch mit solchen gesprochen –, leisten derzeit hervorragende Arbeit. Unter ihnen gibt es Journalisten und Aktivisten, die sich im Bereich Kulturerbe und Antiquitäten stark engagieren sowie humanitäre Wohlfahrtsvereine in und um Mossul gegründet haben. Dies sehe ich weniger als besorgniserregend an, es sei denn, sie gehören zu bestimmten Risikogruppen, setzen sich für die Bekämpfung von Korruption ein, engagieren sich im Bereich Klimaschutz oder kehren zurück und äußern beispielsweise offene Kritik an der Regierung. In solchen Fällen sind sie natürlich ein Dorn im Auge und gehören einer anderen Kategorie an.

Wie funktioniert die Demokratie in der Autonomen Region Kurdistan? Handelt es sich dabei um mehr oder weniger von zwei Familienclans separat regierte Territorien?

Daniel Gerlach: Ja, das ist glaube ich unstrittig. Natürlich wählen die Kurden, sie wählen ja auch bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und sind letztendlich den gleichen bündnispolitischen Logiken unterworfen wie die anderen Parteien. Aber da muss man, glaube ich, unterscheiden, was die Föderation betrifft, also den irakischen Bundesstaat, und die innere Kontrolle. De facto würde ich sagen, ist die Autonome Region Kurdistan eine Oligarchie, eine asymmetrische Oligarchie mit einer stärkeren und einer schwächeren Familie. Es gibt noch diverse andere Patronage-Netzwerke, also es gibt auch noch andere Stämme. Als Frau Rudolf über die Jesiden gesprochen hat, zum Beispiel, finde ich es auch immer wichtig zu erwähnen: Für einige Jesiden ist die Familie Barzani, oder der Clan Barzani, der Stamm der Barzan-Kurden, ein wichtiger Verbündeter, weil er sie über Jahrhunderte immer wieder geschützt oder zumindest nicht angegriffen hat – heißt es. Da gibt es andere Kurdenstämme, die haben Jesiden angegriffen. Also diese Stammes- und Clan-Loyalitäten, die sind extrem wichtig, auch wichtiger als Parteizugehörigkeiten. Aber de facto, denke ich, kann man sagen, dass es sich in der Autonomen Region Kurdistan um ein oligarchisches System handelt, das durchaus auch parlamentarische Züge hat, die aber vor allem, was die Vertretung der Kurden in der Föderation betrifft, zum Ausdruck kommen, weniger bei der Herrschaft in der Provinz oder in der Region. Aber man darf auch nicht vergessen, es gibt bei aller Kritik und bei allen rechtsstaatlichen Mängeln, die es dort gibt – meistens ist sie nicht willkürlich, sondern sehr gezielt – auch starke Loyalitäten. Wenn man sich die Wahlergebnisse z.B. in der Provinz Dohuk anguckt, da haben die Barzanis einen sehr starken Rückhalt.

Die Menschen in diesen Teilen des Landes sind mit ihrer Lebenssituation im Vergleich zu anderen Landesteilen relativ zufrieden. Sie haben in Teilen der Autonomen Region Kurdistan natürlich auch Armut, aber sie haben auch eine gewaltige wirtschaftliche Entwicklung, vor allem durch die Öleinnahmen. Wenn Sie in Erbil oder in Dohuk unterwegs sind, müssen Sie sich nur mal anschauen, wie das Durchschnitts-Auto aussieht, das auf den Straßen fährt. Sie haben

dort Neubauten-Gebiete überall, wo auch Mittelschicht sich ansiedelt. Also diese Gebiete profitieren auch von der relativen Sicherheitslage und den internationalen Investitionen, die natürlich nicht ohne heftige Korruption auskommen. Aber das schlägt sich in den Wahlergebnissen und in Loyalitäten nieder.

Inna Rudolf: Was ich noch hinzufügen möchte: Es ist nicht nur so, dass es diese zwei Familien gibt, die sich gelegentlich gegenseitig ausspielen. Jeder versucht auf die eine oder andere Weise, in Bagdad einen Verbündeten zu finden, um mehr Einfluss in seinen Gebieten zu erlangen. Oft treten jedoch auch Konflikte innerhalb derselben Partei auf. Hierzu möchte ich ein Beispiel geben: Nach dem Fall von Kirkuk oder dem umstrittenen Referendum marschierte der ehemalige Premierminister Al-Abadi⁷ zusammen mit den irakischen Streitkräften und den Volksmobilisierungseinheiten in Kirkuk ein, und die Peschmerga-Einheiten der PUK, die in Kirkuk stationiert waren, übergaben quasi ohne Widerstand die Kontrolle. Dies führte zu heftigen Kontroversen innerhalb der PUK, bei denen man sich gegenseitig Verrat vorwarf. Dies war politisch sehr interessant zu beobachten, denn plötzlich wurde nicht mehr über Barzani geschimpft oder über den Zeitpunkt des Referendums; stattdessen begann man, sich gegenseitig dafür zu beschuldigen, als Diener von Qasim Sulaimani⁸ angeheuert zu haben und dadurch die Kontrolle über die Stadt verloren zu haben. Es ist immer faszinierend zu sehen, wie die Familien und ihre Parteien die eigenen Kontroversen und Rivalitäten bewältigen müssen.

Wie ist die Situation von Personen, die sich lange im EU-Ausland aufgehalten haben und jetzt potenziell zurückkommen? Wie werden diese Personen wahrgenommen? Ist Verwestlichung ein Thema? Wie sieht es mit Frauen aus, die sich nicht an traditionelle Kleidervorschriften halten? Gibt es regionale Unterschiede?

Inna Rudolf: Ich wollte lediglich Mossul als Beispiel anführen. Wir dürfen radikale religiöse Überzeugungen nicht mit einer konservativen Kultur verwechseln. Nach der Befreiung vom IS gab es in Mossul zwar die Tendenz, proaktiv Frauen in den Vordergrund zu stellen, es wurden zahlreiche kulturelle Festivals veranstaltet und es herrschte eine rege Musikszene – im Grunde genommen alles, was unter dem IS verbannt oder unmöglich gemacht wurde, einschließlich bestimmter Sufi-Rituale. Daher zeigt sich teilweise eine gewisse Offenheit in der Bevölkerung von Mossul im Vergleich zur Zeit vor dem IS. Dennoch dürfen wir nicht unterschätzen, dass es sich immer noch um eine konservative Gesellschaft handelt.

Als ich zuletzt dort war, besuchte ich ein Festival, das interessanterweise von der irakischen Handelskammer in Mossul organisiert wurde. Es gab irakische Sänger, eine Kochshow und verschiedene exotische Elemente. Trotz der Vielzahl an Frauen im Publikum, darunter auch Frauen mit Kindern, trug die Mehrheit von ihnen Kopftücher. Ich würde dies nicht unbedingt als Kritik oder Argwohn gegenüber der Verwestlichung interpretieren, sondern eher als Ausdruck der konservativen Kultur. Es handelt sich schlichtweg um eine konservative

⁷ 2014 bis 2018 im Amt, Anm. ACCORD

⁸ 1998-2020 iranischer Kommandeur der Quds-Einheit, einer Unterabteilung der iranischen Revolutionsgarde
Anm. ACCORD

Gesellschaft, unabhängig davon, ob man aus dem Westen stammt oder nicht. Je nach Familienhintergrund oder Lebensstil, sei es als Professor an der Universität in Mossul oder als Frau im Gastronomiebereich, gibt es unterschiedliche Erwartungen. Man spürt genau, wo die Grenzen liegen, was möglich ist und was nicht. Als potenziell problematisch werden bestimmte stark nach außen getragene religiöse Initiativen angesehen, insbesondere wenn sie von den USA unterstützt werden. Solche Initiativen können Misstrauen wecken, insbesondere in bestimmten Netzwerken. Allerdings scheint dies weniger der Fall zu sein, wenn jemand aus dem Ausland zurückkehrt. Ich hatte den Eindruck, dass Rückkehrer aus dem Ausland viele internationale Netzwerke mitbringen und versuchen, diese für den Wiederaufbau, das Kulturerbe und ähnliche Projekte in ihrer Gemeinde zu nutzen, ohne dabei auf Widerstand zu stoßen, zumindest aus meiner Perspektive.

Was sind denn diese erwähnten Initiativen, von den USA gefördert, die potenziell als problematisch gesehen werden?

Inna Rudolf: Es gab einige kontroverse Fälle mit US-Bürgern, denen vorgeworfen wurde, dass sie nicht nur Englisch als Fremdsprache unterrichtet haben, sondern auch bestimmte konfessionalistische Ziele verfolgten. Aber noch einmal: Wir sprechen hier über Wahrnehmungen und darüber, welche Verschwörungstheorien kursieren und welche Gefahr dies für einzelne Personen bedeuten kann.

Daniel Gerlach: Wir reden von kirchlichen, zum Teil auch evangelikalen Gruppen, die traditionell seit langer Zeit in der Mission aktiv sind, auch in anderen arabischen Ländern, und ja nicht die Missionierung unbedingt aktiv betreiben, aber sagen wir mal so, wenn man dann ein Vertrauensverhältnis aufgebaut hat, schon das Gespräch mit den Leuten sucht, was das Christentum angeht. Und da ist man im Irak sehr empfindlich, was solche Versuche angeht, was Versuche oder den Verdacht betrifft, dass jemand dort Missionierung oder Proselytismus betreiben würde. Das ist stärker, glaube ich, noch in der in der kurdischen Autonomieregion, als Phänomen vertreten, als in anderen Teilen des Landes. Ich höre oft die Frage im Irak: Was ist denn, wenn jemand Atheist ist, oder wenn sich jemand vom Islam abwendet? Ich habe überhaupt noch nie, es sei denn, ich hätte es selber mal angestoßen als Thema, unter Irakern, irakischen Freunden, Bekannten gehört, dass sie sich über theologische Details, über Glaubensfragen unterhalten haben. Die Frage, ob ich eine Religion praktiziere oder an Gott glaube oder nicht, die wird in philosophischen Zirkeln vielleicht diskutiert. Und im Irak gibt es auch eine starke linke, kommunistische, auch atheistische Tradition, die auch fortbesteht, aber die wird nicht öffentlich diskutiert. Persönliche Glaubensüberzeugungen, ehrlich gesagt, interessieren die wenigsten. Ich habe auch nie von irakischen Freunden – wie gesagt, das ist alles anekdotisches Beweismaterial, was ihnen präsentiere – oder von den Irakern, die ich kenne, gehört, dass sie sich darüber unterhalten haben, ob der und der in die Moschee geht. Natürlich, wenn man sich hinstellt und sagt: „Ich bin dafür, dass jemand den Koran verbrennen darf, als öffentliche Meinungsäußerung“, muss man damit rechnen, dass man Widerspruch bekommt, unter Umständen sogar Opfer von Verfolgung, Hassbotschaften im Internet oder auch Gewalttaten wird. Gefährlich wird es immer dann, wenn bestimmte Meinungen oder Positionen zu Religion, aber auch zum Beispiel zu Sexualität, öffentlich beziehungsweise auf Social-Media-Profilen diskutiert werden. Dann macht man sich sehr schnell zum Ziel von irgendwelchen Eiferern. Das gilt auch für Leute – ich kenne einige

Schauspieler und Comedians – die im Fernsehen auftreten. Sobald sie solche Themen ansprechen, müssen sie damit rechnen, dass sie zum Teil konzertierte, auch mit Bots ausgestattete Proteste in den sozialen Netzwerken erleben, auch Todesdrohungen bekommen usw. Das ist schon ein großes Problem im Irak. Das hat nicht nur mit religiösem Fanatismus zu tun, sondern auch damit, dass bestimmte politische Figuren daraus einen billigen Erfolg erzielen wollen, indem sie sich als Sachwalter des Islam und der traditionellen Gesellschaft gegen westlichen Einfluss positionieren, und auch sicher sein können, dass sie damit in die Medien kommen, oder, dass sie damit in irgendeiner Form Reaktionen auslösen. Es gehört zu den immanenten Widersprüchen dieser Gesellschaft.

Eine Art Inquisition, die von Haus zu Haus geht und die Leute darauf prüft, ob sie den Koran zu Hause haben oder ob sie in ihren Überzeugungen eventuell verwestlichte oder atheistische Tendenzen durchschimmern lassen, das gibt es nicht. Im Gegenteil: Insgesamt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist die irakische Gesellschaft eigentlich eine sehr xenophile, die sehr an Trends und an Entwicklungen im Ausland interessiert ist, wo auch westliche Kultur eigentlich einen hohen Stellenwert genießt, was manche als Spätfolge des Kolonialismus und der Mandatszeit interpretieren. Auch westliche kulturelle Trends werden aufgenommen, zum Teil auch Retrotrends, wenn man sich die Mode anschaut. Junge Leute in den Städten, wie Bagdad oder zum Beispiel Mossul und Erbil, gehen aus. Es wird auch Alkohol konsumiert, obwohl dann doch unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Und es gibt immer Ausnahmen, wie zum Beispiel die Städte Karbala und Nadschaf, wo ich, zumindest im Innenstadtbereich, noch nie eine unverschleierte Frau gesehen habe. Das gehört auch zur Realität, dass es solche bestimmten Gebiete gibt, wo die Heiligkeit des Ortes zu einem besonders konservativen äußeren Erscheinungsbild führt.

Inna Rudolf: Ja, ich kann dem nur zustimmen. Es geht wirklich darum, gewisse Grenzen zu respektieren. Vor allem für Leute, die tatsächlich aus dem Irak kommen und selbst Agnostiker sind – ich habe mich mit Personen unterhalten, die mir erzählt haben: „Wenn ich zu meiner Familie in dieses oder jenes Dorf fahre, wird meine Frau einen Hidschab anziehen, und ich werde mich so und so verhalten. Aber im Grunde mache ich das aus Respekt für meine Familie, weil ich meinen Vater nicht vor den Kopf stoßen möchte, und nicht unbedingt aus Angst.“ Es ist wichtig zu verstehen, dass diese Abneigung oder Skepsis gegen solche Tendenzen nicht unbedingt religiöser Natur ist. Zum Beispiel würde man auch von Angehörigen der Kommunistischen Partei oder einer säkularen Partei hören, die aus kulturellen Gründen nicht sehr für das Thema Gender brennen würden und das nicht unbedingt öffentlich thematisieren möchten. Deshalb bieten solche Begriffe eher eine Plattform für Akteure, um manchmal Wahlkampf zu machen, manchmal die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und manchmal sich als Verteidiger des Glaubens und der Kultur zu inszenieren. Aber ich finde, dass dies nicht unbedingt repräsentativ dafür ist, wie die Menschen tatsächlich zu diesen Themen stehen.

Daniel Gerlach: Vielleicht ein ganz wichtiger Punkt, der ganz aktuell ist und uns viel beschäftigt, das ist die Frage Normalisierung Israel. Das kann als Straftat interpretiert werden, die auch Menschen betrifft, die mit Ausländern Kontakt haben. Irak hat ja nie mit Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen, gilt innerhalb der arabischen Welt auch eher verankert im kompromisslosen Lager, also in dem Lager, das keine Normalisierung mit Israel anstrebt oder legitimiert - mit Ausnahme der kurdischen Regionalregierung, der Autonomieregion, die

eigentlich eine andere Politik gefahren hat und sich auch sehr viele eigene Freiräume erlaubt hat. Und in diesem, was ich anfangs beschrieben habe, sehr populistischen irakischen parlamentarischen System, können Sie mit dem Thema Palästina punkten. Sie können unter Umständen auch parlamentarische Mehrheiten kreieren, obwohl Sie sonst nie parlamentarische Mehrheiten zustande bringen, weil das ein Thema ist, da möchte keiner dagegen sein.

Das Thema betrifft auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Journalistinnen und Journalisten, die im Irak unterwegs sind. Und Organisationen oder Personen, die in Verdacht stehen, Vorfeldorganisationen der Normalisierung oder proisraelisch zu sein, die stehen gerade extrem unter Druck. Da will auch die Regierung Al-Sudani zeigen, dass sie, aus irakischer nationalistischer Perspektive betrachtet, das Herz am richtigen Fleck hat, dass sie propalästinensisch ist und, dass sie keine israelische Einflussnahme dulden wolle. Es gibt durchaus Auswüchse von verschwörungstheoretischem Denken, dahingehend, als wollten die Israelis durch gesellschaftliche Kräfte die politische Zukunft des Irak beeinflussen. Aber das ist tatsächlich ein ernsthaftes Problem, das man sich auch immer wieder in Erinnerung rufen muss, wenn man über das Thema Verwestlichung spricht. Die aktuelle Entwicklung im Nahostkonflikt schlägt sich dort nieder, und schlägt sich auf das Verhalten derjenigen nieder, die man eigentlich anderweitig, wenn nicht als Verbündete, so doch als legitime Ansprechpartner des Westens im Irak ansieht.

Besteht Kenntnis darüber, ob der „Blasphemie-Paragraf“ noch zur Anwendung kommt und in welchen Fällen?

Daniel Gerlach: Eine juristische Frage, die ich Ihnen jetzt spontan nicht detailliert beantworten kann. Es gibt ein Blasphemieverbot im Sinne der Herabwürdigung religiöser Symbole und Identitäten mit einer maximalen Freiheitsstrafe von 3 Jahren. Das kommt selten zur Anwendung, relevant ist aber auch wie Staat und Öffentlichkeit de facto auf Fälle von Blasphemie reagieren. Es gab diese Proteste vor der schwedischen Botschaft beziehungsweise auf dem Terrain der schwedischen Botschaft als Reaktion auf die Koranverbrennung beziehungsweise auf die Genehmigung durch die schwedischen Behörden, eine Koranverbrennung in Schweden durchzuführen. Auch das wurde als Blasphemie gewertet. Aber das war ein öffentlicher, also staatlich geduldeter Ausdruck von öffentlichem Ärger, das in Randalen und Gewalt geendet ist. Dass der Blasphemie-Paragraf tatsächlich zur Anwendung gekommen ist und, dass Leute wegen Blasphemie im Irak verurteilt wurden, daran kann ich mich in der Zeit, in der ich mich aktiv mit dem Irak beschäftige – und das ist sehr, sehr intensiv mindestens seit 2012 – persönlich nicht erinnern, dass es irgendwelche aufsehenerregenden Urteile oder Fälle gegeben hätte. Ich weiß, dass es das Blasphemieverbot in Union mit dem Verbot der Herabwürdigung nicht nur des Islams, sondern auch anerkannter religiöser Symbole gibt. Das bezieht sich nicht nur auf den Koran. Es bezieht sich zum Beispiel auch auf das Kreuz, auf Christus, Maria. Sie dürfen etwa in der irakischen Presse keine Äußerung tun, in der Sie nach der Meinung der irakischen Justiz das Christentum oder andere anerkannte Religionsgemeinschaften herabwürdigen.

Inna Rudolf: Zur Herabwürdigung wollte ich hinzufügen: Manchmal hängt es von den sogenannten heiligen Werten ab, wo die roten Grenzen liegen. Ein sehr kritischer Fall war – ich

glaube, das war ein Bericht von Al-Hurra⁹, wenn ich mich nicht irre – ein Versuch einer investigativen Reportage, die sich mit wirtschaftlichen Tätigkeiten von Hawza-nahen Akteuren beschäftigt hat. Durch den bereits heiligen Status dieser Seminare, also durch die Figur von Al-Sistani,¹⁰ sind solche Themen eher ein rotes Tuch und können sehr viele Menschen tatsächlich verletzen. Denn diese Institution gilt nicht nur aus der Perspektive der schiitischen Bevölkerung, sondern auch für sehr viele Sunniten und sogar Agnostiker in der irakischen Geschichte und Kultur als nobel und als eine sehr positive Kraft. Reportagen, die als eine Art Diffamierungsversuch empfunden werden können, sind tatsächlich ein rotes Tuch.

⁹ ein von US-Behörden finanzierter, arabischsprachiger Fernsehsender Anm. ACCORD

¹⁰ Großajatollah Ali al-Sistani, das geistliche Oberhaupt der SchiitInnen im Irak. Anm. ACCORD